



Landtag von Baden-Württemberg

75. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. November 2018 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 12:39 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	4521	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes – Drucksache 16/5185	4553
Umbesetzungen bei den Schriftführern	4521	Beschluss	4553
Eintritt des Abg. Daniel Karrais	4521	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 8. Oktober 2018 – Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg zum Abkommen zwischen der Regierung des Landes Baden-Württemberg und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation am Rhein – Drucksachen 16/5035, 16/5142	4553
1. Aktuelle Debatte – Umgang mit dem Wolf – Europa bewegt sich. Das Land bewegt sich mit. – beantragt von der Fraktion der CDU	4521	Abg. Petra Häffner GRÜNE	4553
Abg. Raimund Haser CDU	4521, 4530	Abg. Siegfried Lorek CDU	4554
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	4523, 4530	Abg. Lars Patrick Berg AfD	4555
Abg. Udo Stein AfD	4525, 4531	Abg. Rainer Hinderer SPD	4556
Abg. Gabi Rolland SPD	4526, 4531	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	4556
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	4527, 4532	Minister Thomas Strobl	4557
Minister Franz Untersteller	4528	Beschluss	4558
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE (persönliche Erklärung)	4533	5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 10. Oktober 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger – Drucksachen 16/4978, 16/5021	4558
2. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 – Drucksache 16/5100		Beschluss	4558
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes – Drucksache 16/5111	4533	6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der	
Ministerin Edith Sitzmann	4533		
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	4537, 4550		
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	4540, 4551		
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	4542		
Abg. Andreas Stoch SPD	4544		
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	4547		
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	4552		
Beschluss	4552		

Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 10. Oktober 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte – Drucksachen 16/4979, 16/5036	4558	8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 12. Oktober 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Europäische Grenz- und Küstenwache – Drucksachen 16/4988, 16/5038.....	4559
Beschluss	4558	Beschluss	4559
7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 10. Oktober 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Asylagentur der Europäischen Union – Drucksachen 16/4983, 16/5037	4559	Nächste Sitzung	4559
Beschluss	4559	Anlage Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen bei den Schriftführern	4560

Protokoll

über die 75. Sitzung vom 21. November 2018

Beginn: 9:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 75. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Fiechter, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Hahn, Herr Abg. Maier, Herr Abg. Pix sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ganztätig Frau Staatsrätin Erler. Außerdem ist Herr Staatssekretär Dr. Baumann ganztätig entschuldigt.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der CDU für Umbesetzungen bei den Schriftführern (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Das ist der Fall. Vielen Dank.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 15. Oktober 2018, Az.: 1 VB 64/17 – Besorgnis der Befangenheit einer Richterin am Verfassungsgerichtshof wegen der Ausübung eines Amtes in der Verwaltung

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 16. November 2018 – Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission – Drucksache 16/5115

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

3. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. November 2018 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2018 bis 2022 – Drucksache 16/5213

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

*

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute einen neuen Kollegen in unseren Reihen begrüßen dürfen. Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 6. November 2018 mitgeteilt, dass Sie, lieber Herr Daniel Karrais, mit Wirkung vom 13. November 2018 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 16. Landtags von Baden-Württemberg erworben und somit die Nachfolge von Herrn Dr. Gerhard Aden ange-

treten haben. Im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie hier im Landtag sehr herzlich willkommen und wünsche Ihnen alles Gute und viel Erfolg bei der Ausübung Ihres Mandats.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Umgang mit dem Wolf – Europa bewegt sich. Das Land bewegt sich mit. – beantragt von der Fraktion der CDU

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Gabi Rolland SPD: Der Minister sieht hierher!)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich das Wort nun für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Haser.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das wird wahrscheinlich nichts mehr mit dem Homo sapiens und dem Canis lupus. Da kann Kevin Costner noch so oft mit dem Wolf tanzen, unser Verhältnis zum Wolf wird immer schwierig bleiben – nicht zuletzt deshalb, weil u. a. in Bad Wildbad ein Wolf wieder gezeigt hat, wozu er fähig ist: ein Blutbad mit angefressenen Leibern, abgerissenen Köpfen, jämmerlich verendenden Schafen.

(Zuruf von der AfD: Jesses!)

Der Wolf hat es schwer mit uns, wohingegen unser Verhältnis zu seiner domestizierten Variante, dem Canis familiaris, dem Hund, geradezu abenteuerlich vermenschlicht ist. Aus dem größten Feind des Menschen ist vor 30 000 Jahren in Mesopotamien durch Züchtung der erste Freund des Menschen, der Hund, hervorgegangen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Erst 20 000 Jahre später folgte dann mit der Zähmung der Bezoarziege und des Wildschafs sowie mit der Züchtung von Gerste, Linsen, Emmer und Einkorn endgültig der Sprung

(Raimund Haser)

vom Jäger und Sammler zum Ackerbauer und Viehzüchter. Spätestens seit dieser Zeit ist der Wolf beim Menschen auf der roten Liste, zumindest bei jenen, die das Land bewirtschaften.

Wer sich mit der Geschichte der Kulturlandschaft beschäftigt, weiß, dass der Mensch vom Land zwischen Euphrat und Tigris auf seinem Weg ins heutige Mitteleuropa all das im Gepäck hatte, was heute sowohl Weidetierhalter als auch Naturschützer durch die Rückkehr des Wolfes bedroht sehen: die Kulturlandschaft mit Wiesen, Kräutern, einer Vielfalt an bunten Blumen und dazugehörigen Insekten und Vögeln.

Die Weidetierhalter sehen sich heute zum Teil außerstande, ihre Herden vor dem Wolf zu schützen. Es gibt Standorte, an denen ein Schutz durch Zäune schlicht nicht möglich ist.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Da helfen auch Zuschüsse in Höhe von 100 % der Anschaffungskosten nichts, da würde nur eine Erstattung von 100 % der Arbeitskosten helfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Aber diese Zusage lässt weiter auf sich warten.

Die Naturschützer wiederum haben angesichts steigender Wolfspopulationen Angst, dass durch einen drohenden Rückzug der Weidetierhalter die Offenhaltung der Landschaft und damit auch die Artenvielfalt bedroht sind.

Deshalb ist es uns, der CDU, heute wichtig, festzuhalten, dass der Wolf ein Tier ist wie jedes andere auch. Wir fragen uns, warum er dann nicht so behandelt wird, warum ein Abschuss „Entnahme“ heißt und warum ein illegaler Abschuss als Mord titulierte wird.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

2007 gab es in Deutschland etwa 100 nachgewiesene Übergriffe. Diese Zahl hat sich bis 2016 verzehnfacht auf über 1 000. Das Bundesumweltministerium geht für 2017 von 60 Rudeln und 15 Paaren aus. Der Deutsche Bauernverband zählt Jährlinge und Welpen mit dazu, geht von einer Zuwachsrate von 30 % pro Jahr aus und schätzt den heutigen Bestand auf 1 100 Tiere, Tendenz rasant steigend. Aktuelle Schätzungen auf EU-Ebene, wo man nicht nach nationalen Wolfspopulationen schaut, sondern nach der Gesamtpopulation, gehen von fast 20 000 Tieren innerhalb der Europäischen Union aus.

Um es in Bildern zu sagen, die wir aus der Natur kennen: Der Wolf vermehrt sich wie die Karnickel, benimmt sich wie die Axt im Walde, und der Mensch steht davor wie das Kaninchen vor der Schlange.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: Hört, hört!)

So können wir nicht ewig weitermachen, meine Kolleginnen und Kollegen. Nicht nur die Nutztierhalter verlangen Antworten, sondern auch der ganz normale Bürger – Antworten, die weit über das hinausgehen, was FDP/DVP und SPD im aktuellen Gesetzgebungsverfahren fordern, und auch über das, was die EU auf die Anfrage des Umweltministers bislang geantwortet hat.

Selbstverständlich ist zunächst einmal die Europäische Kommission am Zug. Die Grundlage der FFH-Richtlinie, erarbeitet zu Zeiten des Vertrags von Maastricht, bildet die Berner Konvention von 1979. 1979 stand die Mauer noch. Rechts davon wurden Wölfe, ohne dass die EU gefragt wurde, einfach erlegt, und links der Mauer gab es keine Wölfe, weil die Mauer nicht nur die Migration von Menschen, sondern auch die Wanderung von Wölfen unterband.

Heute steht die Mauer nicht mehr. Sachsen und Brandenburg wünschen sich bei der Frage des Umgangs mit dem Wolf die DDR zurück.

(Zuruf von den Grünen)

300 Wölfe streifen durch Brandenburg. Wissen Sie, was das Umweltministerium da macht, außer sich um den Wolf zu kümmern? Die Berichte aus diesen Ländern sind erschütternd. Und wir? Wir setzen auf Bürgerbeteiligung, auf Verständnis, auf eine forsa-Umfrage, die besagt, dass 78 % der Menschen die Rückkehr des Wolfes begrüßen, auch wenn er Probleme macht.

Ich möchte keinem dieser Antwortenden zu nahe treten, aber es würde mich schon interessieren, ob die Antwort nach einem Besuch auf der Schafswaide in Bad Wildbad mit mehr als 40 getöteten Tieren anders ausfallen würde.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Was tun? Nach Meinung der CDU-Fraktion, gemäß einem Beschluss unserer Landespartei und gemäß meiner tiefen Überzeugung war es ein Fehler, die FFH-Richtlinie vor drei Jahren nicht zu reformieren. Noch nie hat ein Tier den strengen Schutzstatus verlassen. Überall sieht man, wie sich die Natur verändert, wie sich Populationen erholen – nur die FFH-Richtlinie ändert sich nicht.

Aber eine solche Veränderung muss von unten kommen. Die Länder und der Bund müssen – so, wie in einer aktuellen Bundesratsinitiative geschehen – gemeinsam mit anderen Ländern, die schon weiter sind, Druck machen. Und die Naturschutzlobbyisten müssen einsehen, dass Sturheit in diesem Fall katastrophale Folgen haben kann.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt zeigt das Thema Wolf nämlich, in welchem Dilemma der Artenschutz insgesamt steckt. Der gesamte Artenschutz vom Wolf über den Biber bis zu Kormoran und Milan erstarrt rechtlich im Gestern, während sich die Populationen erholen und die Folgen daraus immer gravierender werden.

Tiere sind Mitgeschöpfe, ihr Schutz und ihr Erhalt sind des Menschen Auftrag und Pflicht. Das hält uns aber doch nicht davon ab, Nutztiere zu halten, Eier zu essen, aus Milch Käse zu produzieren, Fische zu fangen und den Bestand von Reh, Rothirschen, Wildschweinen und Füchsen zu regeln. Warum sollte uns diese Pflicht also davon abhalten, den Bestand einst gefährdeter Tiere zu regeln, die heute andere Tiere und den Erhalt der Kulturlandschaft gefährden?

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

(Raimund Haser)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich persönlich habe keine Angst, dass mir der Wolf etwas tut. Meine Begegnungen mit ihm in Nordamerika haben das bestätigt, was viele Naturschützer sagen: Er ist scheu, und er geht den Menschen aus dem Weg. Kann er das aber in einem Land, das so zersiedelt und überplant ist wie das unsere? Das glaube ich nicht.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Genau!)

Der Umgang mit anderen Wildtieren zeigt doch: Nur dort, wo Bestände reguliert werden und die Angst vor dem Menschen real ist, bleiben Wildtiere wild. Anderswo essen Füchse aus Mülleimern, tummeln sich Schweine in Maisäckern und vergnügen sich Dachse in Vorgärten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Ich möchte nicht darauf warten, bis Wölfe an Kindergärten vorbeimarschieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt aber!)

Mich treiben andere Gedanken viel mehr um. Ich habe Angst vor einer leise und lautlos verschwindenden Weidehaltung, vor Rückschlägen in der naturschutzfachlich dringend notwendigen Bewirtschaftung von Magerstandorten. Ich habe Angst vor der Reaktion von Menschen, die, so sehr man sie auch beruhigen mag, aus Angst vor dem Wolf klammheimlich Gebiete meiden, in denen er sich herumtreibt.

Wir begrüßen daher die Richtung, die die Kommission mit den aktuellen Beschlüssen eingeschlagen hat. Wir bringen aber auch deutlich zum Ausdruck, dass wir von der EU, dem Bund und den Ländern weitere Schritte erwarten.

(Beifall bei der CDU)

In einer sich wandelnden Landbewirtschaftung brauchen wir mehr denn je überzeugte Weidetierhalter. Ihnen gebührt unsere ganze Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Angesichts eines sich verändernden Freizeit- und Erholungsbedarfs brauchen wir touristische Naherholungskonzepte, und bei einer erhöhten Aufmerksamkeit für die Biodiversität ist es wichtig, dass man nicht einzelne Tiere oder einzelne Arten, sondern den gesamten Naturraum im Blick hat.

Das alles lassen wir uns von einem ideologisch motivierten, auf Einzelarten beschränkten Ökofanatismus an einzelnen Stellen nicht kaputt machen. Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, muss der Canis lupus sich an den Homo sapiens gewöhnen und nicht umgekehrt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rösler.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der fordert jetzt den Abschluss!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! „Umgang mit dem Wolf – Europa bewegt sich. Das Land bewegt sich mit.“, so titulierte die CDU diese Debatte. Es gibt Erfreuliches aus Brüssel. Seit zwölf Tagen wissen wir ganz offiziell: 100 % der Sachkosten sind beim Herdenschutz erstattungsfähig. Das ist ein großer Erfolg der deutschen Unterhändler – übrigens parteiübergreifend.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zweimal war Staatssekretär Jochen Flasbarth vom SPD-geführten BMU gemeinsam mit Vertretern von CDU und Grünen aus fünf Bundesländern in Brüssel und hat das erreicht; darunter war Helmfried Meinel, der Ministerialdirektor im baden-württembergischen Umweltministerium. Dank an alle Beteiligten! Dank auch an alle Weidetierhalter, die bei ihrer schwierigen, schlecht bezahlten Arbeit davon profitieren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

Das zeigt übrigens allen Unkenrufen zum Trotz zweierlei. Erstens: Politik und Politiker sind handlungsfähig. Zweitens: Die Europäische Union reagiert flexibel und unbürokratisch. Es gibt Parteien, auch hier im Parlament, die sich darin gefallen, die EU so oft wie möglich madig zu machen. Das wäre ein gutes Beispiel, die EU wirklich im gesamten Parlament einmal zu loben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die EU hat sich aber schon früher bewegt; auch das kann man sagen. Es gibt schon seit 2014 eine EU-Plattform on Coexistence between People and Large Carnivores. Dort tauschen sich Landnutzer, Wissenschaftler, Ökologen und Jäger Hand in Hand über Erfahrungen im Umgang mit den großen Beutegreifern Bär, Wolf, Luchs und Vielfraß aus. Dazu gehören regionale Workshops, vom Rentierverband in Finnland bis zum WWF in Montenegro. Das ist der richtige Weg, gemeinsam miteinander, mit dem Ziel – so heißt es dort auf Englisch – „Minimizing Conflicts – Finding Solutions“. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zur FFH-Richtlinie lässt sich sagen: Es gab 2016 den Prozess REFIT. Jean-Claude Juncker hatte den angestoßen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der stößt öfter an!)

quer über viele Richtlinien insgesamt für die Europäische Union, und es war sein Bemühen, diese zu ändern. Es gab aber eine Rückmeldung vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas, es gab eine Rückmeldung vom Europaparlament, es gab die Rückmeldung von über 90 % der 500 000 Menschen, die sich an einer Bürgerbefragung der Europäischen Union beteiligt haben. Sie alle haben gesagt: Die FFH-Richtlinie und die Vogelschutzrichtlinie sind beide wichtige, gute Instrumente, die die Ziele dessen, was Deutschland und was andere Staaten Europas angestrebt haben, erfüllen; deswegen sollen sie nicht geändert werden. – Wir streuen anderen Leuten Sand in

(Dr. Markus Rösler)

die Augen, wenn behauptet wird, dass die FFH-Richtlinie geändert würde.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Sie wird – so hat die EU erst vor Kurzem nochmals bestätigt – nicht geändert werden. Wir werden beim Thema Wolf andere Möglichkeiten haben und werden uns dafür einsetzen – da stimmen wir überein –, dass wir da noch Luft nach oben haben, was die Europäische Union betrifft.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Einige wenige Beispiele nur: Die Debatte gibt uns die Möglichkeit einer kleinen Tour d'Horizon durch Europa. Beginnen wir im Südwesten, in Portugal. Dort gibt es den Kuhhirten José Ferreira in Aroes, in Nordportugal: Einwohnerdichte 127 pro Quadratkilometer, doppelt so viel wie im Biosphärengebiet Südschwarzwald und gleich viel wie im Main-Tauber-Kreis und in manchen anderen ländlichen Regionen Europas. Dort gibt es einen stabilen Wolfsbestand und gleichzeitig Herdenschutzhunde der Rasse Serra da Estrela sowie Hütehunde, die gut abgestimmt miteinander arbeiten. Wenn man José Ferreira fragt: Er ist zufrieden mit seinen Herdenschutzhunden, die sich, als wir von der EUROPARC Federation dort waren, streicheln ließen. Es sind dieselben Tiere, die einerseits friedlich gegenüber Menschen waren, andererseits aber aggressiv und erfolgreich Wölfe verjagt haben.

Wichtig ist es, Probleme offen zu benennen. Im ersten Jahr wurde einer seiner Herdenschutzhunde totgebissen. Dieser hatte kein Halsband mit Dornen und war allein unterwegs.

Es gibt Dinge, die wir offen benennen müssen. Wir müssen aus schlechten Erfahrungen lernen, wir müssen sagen, wo wir was ändern müssen, und wir müssen auch bereit sein, von Fall zu Fall – selbstverständlich auf der Basis des Bundesnaturschutzgesetzes – den einen oder anderen Wolf abzuschließen. – Ich formuliere das so ganz deutlich.

Was wir aber nicht machen sollten, ist, Ängste zu schüren und Gefahren zu übertreiben. Angst ist ein schlechter Ratgeber.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Beispiel Nummer 2: Im hoch erschlossenen Nationalpark Gran Sasso und Monti della Laga in Italien mit zigtausend Besuchern ist Giulio Petronio – ich bin leider nicht gut im Italienischen – Schäfer im dortigen Campo Imperatore. In diesem Nationalpark leben auf 150 000 ha – die Hälfte der Fläche des Naturparks Nordschwarzwald – 70 bis 100 Wölfe, gleichzeitig 85 000 Nutztiere,

(Zuruf: Na und?)

darunter 66 500 Schafe. Giulio hat 2 000 Schafe, aber er hat seit über zwei Jahren trotz allgegenwärtiger Wölfe kein einziges verloren. Warum? Er hat sich die weißen Herdenschutzhunde der Abruzzen angeschafft und vermarktet seinen Käse hochpreisig, u. a. auch nach Deutschland.

Drittes Beispiel: Dr. Michaela Skuban, eine der besten Wildbiologinnen Europas, formulierte gestern, als ich sie angefragt hatte, wie folgt zur Situation in der Slowakei – Zitat –:

Guter Herdenschutz trägt maßgeblich zu einem verbesserten Schutz der Herden bei, auch im Mittelgebirge. Die Verluste können signifikant reduziert, wenn auch nicht ganz eliminiert werden. Wir hatten in den letzten Jahrzehnten weder Angriffe durch Wölfe noch aggressive Begegnungen zwischen Menschen und Wölfen – bei einem Bestand von vielen Hundert Wölfen.

Ich hoffe, das hilft Ihnen ein bisschen weiter: Ich werde mich jetzt für das Feld fertig machen, da wir einen Bären narkotisieren wollen.

So weit aus der Slowakei.

Ich könnte auch noch von Wildbiologen aus Rumänien berichten, die dort im Umfeld einer Großstadt Wölfe telemetrieren und untersuchen, wie sie sich bewegen. Auch da gibt es keine Probleme bei der Frage der Kinder im Wald.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Ich könnte die Schweizer Sennerin Astrid Summerer von der Alp Ramuz zitieren, die berichtet, dass sie im Gebiet des Calanda-Rudels – dort kamen die ersten beiden Wölfe her, die bei uns totgefahren wurden –, eines sehr stark reproduzierenden Rudels, als Sennerin mit 50 Schafen auf der Alm arbeitet und erfolgreich Herdenschutz betreibt.

(Zurufe)

Diese Beispiele sind Realität bei uns in Europa unter zum Teil – nicht immer; das ist wichtig – vergleichbaren Situationen wie in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Wir haben das Glück, von anderen Regionen, von anderen Ländern, von anderen Bundesländern lernen zu können, weil wir bei dem Auftreten von Wölfen relativ spät dran sind.

Die Kooperation in Baden-Württemberg ist gut, und das soll so bleiben. Die Kooperation zwischen Schäfern und NABU beim Herdenschutzprojekt ist Vorbild für andere Bundesländer. Die Zusammenarbeit von Jägern und Umweltverbänden beim Ausgleichsfonds Wolf – noch unter der CDU angedacht; danke dafür – ist unbürokratisch. Auch dies ist ein Vorbild für andere Bundesländer, weil es nicht der De-minimis-Regelung unterliegt. Das sind gute Regelungen, bei denen andere Bundesländer auf uns schauen, genauso wie bei der Frage nach der Unterhaltung von Herdenschutzhunden. Auch das unterscheidet Baden-Württemberg von anderen Bundesländern und wird zum Teil als Vorbild angesehen.

Nicht nur Europa bewegt sich, auch Baden-Württemberg bewegt sich. Wir haben in vielen Bereichen noch etwas zu tun, aber in manchen sind wir durchaus – darauf dürfen wir stolz sein – Vorbild für andere Bundesländer.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stein.

Abg. Udo Stein AfD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, wer te Damen und Herren Abgeordnete! Der Titel unserer heutigen Aktuellen Debatte lautet: „Umgang mit dem Wolf – Europa bewegt sich. Das Land bewegt sich mit.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Wolf ist ein Flüchtling!)

Die wichtigere Frage wäre: Bewegt sich die CDU endlich mal? Seit Längerem liegen Anträge vor, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen, geschehen ist bis heute überhaupt nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ist der Wolf eine bedrohte Tierart, ja oder nein? Laut der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union ist er auf jeden Fall eine geschützte Tierart. Aber jetzt ein paar Zahlen, was die Bestände in Europa angeht: In den Alpen leben 250 Wölfe, auf der italienischen Halbinsel 600 bis 800, auf dem Balkan 3 900, im Karpatengebirge, in Rumänien, 3 000, auf der Iberischen Halbinsel 2 500, im Baltikum, einschließlich Polen, 870 bis 1 400, in Finnland zwischen 150 und 200, im übrigen Skandinavien, in Schweden und Norwegen, 260 bis 330.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und in Alaska?)

– Alaska gehört nicht zu Europa, Herr Kollege von der CDU. Es ist Ihre Debatte!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Insgesamt sind das rund 11 900 Wölfe.

Dabei überraschen mich jetzt auch die Zahlen in Deutschland ein bisschen. Aber sie sind ja nur relativ. Herr Haser, Sie sprachen von 1 100 Wölfen in Deutschland.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist falsch!)

In der Zahl könnten wir schon übereinstimmen. Ich bin jetzt nur einmal von den niedrigsten Zahlenwerten ausgegangen – auch bei den 11 900 Wölfen. Wir können aber feststellen, dass es in Deutschland über 618 Wölfe gibt. Bayern hat 115,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bayern hat 15!)

Brandenburg 219,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und das Saarland?)

genauso viele wie Finnland. Wir stellen also fest, dass Finnland bei der gleichen Fläche wie Deutschland einen Bestand von 200 Wölfen hat, und eine zahlenmäßig gleiche Population lebt in Brandenburg.

Mecklenburg-Vorpommern hat 36 Wölfe, Niedersachsen 115, Sachsen 143, Sachsen-Anhalt 82, Thüringen einen, und auch in Baden-Württemberg gibt es laut Auskunft der Landesregierung einen Wolf.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist ja unausgewogen!)

Aber es gibt auch die Angabe von sechs Wölfen für Baden-Württemberg.

(Zuruf von der FDP/DVP: Oi, oi!)

Deshalb stelle ich angesichts dieser Zahlen die Frage: Ist der Wolf gefährdet? Da muss ich ganz klar sagen: Nein, das ist er in Europa nicht.

(Beifall bei der AfD)

Der letzte Wolf wurde in der DDR 1992 erlegt. – Nur so viel einmal zur Information.

Sind Wölfe scheu? Ja, aber nur dort, wo sie bejagt werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Da gab es keine DDR mehr, Herr Kollege! Die Wiedervereinigung war 1990! – Allgemeine Heiterkeit)

– Ja, auf dem Gelände der DDR, in den neuen Bundesländern.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mit Geschichte und Geografie haben Sie es nicht so!)

Gibt es Problemwölfe?

Präsidentin Muhterem Aras: Einen Moment, bitte! – Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Danke.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das fällt aber schwer, Frau Präsidentin!)

Abg. Udo Stein AfD: Problemwölfe, die in einen Blutausch verfallen, verhalten sich artgerecht. Ein Wolf versucht, möglichst viel Beute zu machen, wenn er die Chance dazu hat. Also zeigen diese sogenannten Problemwölfe – die Risse, die Sie beschrieben haben – ein ganz natürliches Verhalten. Aber das hat Auswirkungen und Folgen – dies wurde schon angesprochen – für die Nutztiere und für die Wildtiere in unserem Land.

Ist es damit getan, wenn wir die Schäden ersetzen, ist es damit getan, wenn wir Material zur Abwehr der Wölfe zur Verfügung stellen?

Dann die Frage: Für wen stellen wir Geld zur Verfügung? Nur für die Schäfer – die sehr viel für uns in Baden-Württemberg leisten? An dieser Stelle dafür auch von meiner Seite aus ein Dankeschön. Wir, die Alternative für Deutschland, werden die Schäfer bei diesem Thema nicht im Stich lassen.

(Beifall bei der AfD)

Aber es betrifft auch Jagdhunde und Schwarzwild. Wie gehen wir denn damit um, wenn sich Schwarzwild zu 80 Rotten – wie in Brandenburg – zusammenrottet und durch die Felder geht? Wer soll denn dann den Schaden ersetzen? Die Jäger? Wo ist da die Schadenslösung der Landesregierung?

Wie gesagt, wir haben mehrere Anträge zum Thema Wolf gestellt: Novellierung des Jagdrechts, Einführung eines Wolfszielbestands. Was ist seither geschehen? Nichts, überhaupt nichts.

Nun ein paar Zahlen aus der Antwort auf die Initiative zum Wolfszielbestand. In Baden-Württemberg leben im Schnitt 309 Menschen auf einem Quadratkilometer; ein Wolfsrudel braucht 100 bis 350 km². Wir haben hier also einen ganz klaren Mensch-Tier-Konflikt.

(Udo Stein)

Wie gehen denn unsere europäischen Nachbarn damit um? Das haben Sie alle nicht erwähnt. Finnland hat einen Zielbestand von 200 Wölfen. 42 Wölfe wurden dort bejagt. Schweden hat 22 Tiere zum Abschuss freigegeben.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Frankreich hat einen Zielbestand von 500 Tieren. 40 wurden entnommen. Spanien versteigert seinen Abschuss. Italien hat bei stabilen Beständen eine Entnahme in Höhe von 5 %. Rumänien hat eine legale Bejagung von 3 000 Tieren. Die Slowakei hat 120 bis 150 Tiere entnommen, um einen Korridor freizuhalten. Diese Länder sind alle in der Europäischen Union. Und Sie heucheln hier vor: „Wir können nicht handeln.“ Sie wollen nicht handeln!

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Da kann ich nur die Kollegen der Union auffordern: Setzen Sie sich endlich einmal gegen Ihren Koalitionspartner durch, befreien Sie sich aus dem Würgegriff der Grünen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oh, oh!)

und lassen Sie die Wölfe da leben, wo sie leben sollen, und das ist nicht in unserer Kulturlandschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss zugeben, mein erster Gedanke beim Lesen des Titels der Aktualen Debatte war: Um Himmels willen, liebe CDU, warum sehen Sie in Ihrem Justiz- und Europaminister ein Risiko?

(Zuruf von der CDU: Witz komm raus!)

Müssen wir uns tatsächlich Sorgen machen – zumal er jetzt auch nicht da ist? Mit wem, wenn nicht mit dem Stier, tanzt denn jetzt die Europa? Und was tanzt sie? Oder hat jetzt vielleicht das frisch angezündete Fasnetslicht aus dem alemannischen Südwesten die CDU in Stuttgart erreicht?

Nein, das alles ist falsch. Es ist tatsächlich so, dass Sie mit uns hier im Parlament zum wiederholten Mal über die Wiederkehr des Wolfes sprechen wollen – des vierbeinigen Wolfes, um hier alle Missverständnisse auszuräumen – und darlegen wollen, warum der Wolf ein Problem für die Schaf- und Ziegenhalter im Land ist.

Stimmt, das Thema muss man ernst nehmen. An allererster Stelle steht für die SPD-Fraktion selbstverständlich die Sicherheit der Bevölkerung. Daran gibt es nichts zu rütteln. Wichtig ist tatsächlich auch der Schutz der Herdentiere. Dafür braucht es eine gute Vorbeugung und vor allem eine gute und schnelle Entschädigung im Fall von Wolfsrissen.

(Zurufe)

Bei der gesamten Thematik sollte man aber auch nicht vergessen, dass es noch viel mehr Faktoren gibt, die die Existenz

und die Zukunft der Nutztierhalter im Schafs- und Ziegenbereich gefährden. Das ist z. B. der billige Preis im Welthandel für das Lammfleisch, oder das sind die teuren, sehr kleinteilig notwendigen veterinärrechtlichen Untersuchungen, oder es ist die preiswerte Wolle, die aus Neuseeland und aus Irland ins Land kommt. Nicht zu vergessen sind die Schäden, die Fahrzeuge, aber auch wildernde Hunde oder Regionalzüge an Schafsherden verursachen.

In der vergangenen Woche war im Magazin GEO zu lesen, dass Kolkkraben, die sich ins Genick von Schafen setzen, so lange picken und die Schafe verletzen, dass diese eingehen.

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Meine Damen und Herren, von Wölfen sind bisher 100 Schafe gerissen worden, aufgrund der Raben, Kolkkraben, sind Tausende in Baden-Württemberg verendet.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was soll uns das sagen?)

Es ist eindeutig: Wir können die Schafe durch Herdenschutz-hunde und durch Zäune vor den Wölfen schützen. Gegen die Raben nutzt das allerdings nichts.

Deswegen ist es richtig, dass sich Europa, die Europäische Union, bewegt hat. Die Kommission gibt ihren Widerstand auf. Die vollständige finanzielle Förderung solcher Schutzmaßnahmen ist möglich; das ist keine unzulässige Beihilfe für die Landwirtschaft. Ich denke, das ist ein Meilenstein, was den Schutz der Herden angeht.

(Beifall bei der SPD)

Europa bewegt sich – das haben Sie richtig geschrieben, liebe CDU-Fraktion –, das Land bewegt sich auch. Die Frage ist nur: Wohin? Wir, die SPD-Fraktion, empfehlen der Landesregierung, die Entschädigung für die Nutztierhalter nun endlich tatsächlich gesetzlich zu verankern. Spätestens, wenn sich ein Wolfsrudel in Baden-Württemberg angesiedelt hat, werden Sie das tun. Also bereiten Sie sich jetzt schon vor. Bewegen Sie sich doch bitte!

Liebe CDU-Fraktion, lassen Sie uns doch fachorientiert und lösungsorientiert an der Thematik arbeiten. Der Wolf ist hier. Im Augenblick ist gesichert ein Wolf in Baden-Württemberg, einige Wölfe sind auf der Durchreise. Der Ruf, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen – das bringt nichts. Das Abschießen von Problemwölfen ist nach dem Bundesnaturschutzgesetz jetzt schon möglich. Auch die Aufhebung des Schutzstatus durch die Europäische Union oder das Washingtoner Artenschutzabkommen wird viel Zeit erfordern, hilft den Nutztierhaltern aber leider gar nicht.

Es gibt Besseres, was man tun kann: mehr Schutz für die Tiere, bessere Unterstützung für die Tierhalter und gute Bedingungen für den Erhalt der Landwirtschaft und für den Landschaftsschutz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, werde Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist Wolfsland; dies scheint jetzt auch die Landesregierung zumindest in Teilen verstanden zu haben. Denn die Rückkehr des Wolfes nach Baden-Württemberg und hier in den Südwesten ist natürlich mit großen Problemen verbunden. Er wurde nicht ohne Grund irgendwann in der Vergangenheit ausgerottet. Und jetzt kommt er zurück und findet eine völlig andere Welt vor: hohe Besiedlungsdichte, viele Straßen. Es ist ohnehin schon eine große Herausforderung, unsere Kulturlandschaft hier zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem in den vergangenen Jahren Milliarden Euro in die extensive Weidewirtschaft gesteckt wurden, hatte man doch den Eindruck, Teilen der Landesregierung sei das völlig egal. Sie freuen sich über den Wolf und stellen den Wolf über alles.

Inzwischen wurden mindestens 56 Schafe und eine Ziege in Baden-Württemberg nachweislich Opfer einer Wolfsattacke. Des Weiteren gibt es viele unbestätigte Angriffe auf andere Tiere, u. a. auf zwei Pferde im August dieses Jahres. Bei jedem Übergriff, bei jeder Sichtung kommt die reflexhafte Reaktion der Landesregierung, vor allem aber auch einzelner grüner Abgeordneter, die sagen: Das wird schon ein Hund gewesen sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Einzelfälle! Die kennen wir!)

Glaubhafte Wolfssichtungen wurden unbestätigt kommentiert mit dem Hinweis – –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ein Blödsinn! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

– Ich zitiere gerade einen Kollegen von Ihnen. Natürlich ist es ein Blödsinn. Genau. – Da kam u. a. der Satz

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf)

– nein, eine Zwischenfrage lasse ich nicht zu; er kann ja nachher noch dazu sprechen –: „Ein Wolf ist von einem Wolfshund nur schwer zu unterscheiden.“ Das ist die Aussage, die von den Grünen kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn jemand einen Wolf sieht und bekommt diesen Spruch „Ein Wolf ist vom Hund schwer zu unterscheiden“ zu hören – – Da werden Sie doch in die Ecke der Ahnungslosen gestellt. So fühlt sich doch kein Mensch ernst genommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Des Weiteren haben wir eine unklare Situation bei der Entschädigung. Es gibt z. B. keinen gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung. Jahrelang wurden die Probleme mit dem Wolf negiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Unsere Forderungen übrigens, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen – erst einmal bei ganzjähriger Schonzeit – und eine Wolfsverordnung zu schaffen, um diese komplexe Rechtsla-

ge, die es in Bezug auf den Wolf gibt, zu bündeln, sind bisher alle völlig fehlgeschlagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir brauchen eben nicht nur für den Wolf die Anwendung des Jagdrechts, sondern wir brauchen auch eine Wolfsverordnung, die das komplizierte Recht bündelt. Denn im Zweifelsfall muss ein Anruf ausreichend sein, um einen Wolf jagdlich zu entnehmen, oder, wie Herr Drexler sagt – der heute leider nicht hier ist –, um ihn abzuschließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, des Weiteren muss aber auch das Land darauf hinwirken, dass der Bund in Rücksprache mit der EU den Wolf von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie hebt. Wir haben hier eine gesicherte Population in Europa; wir haben eine gesicherte Population in Deutschland. Andere Länder haben das übrigens schon gemacht – Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei usw. Da ist der Wolf bereits heute im Anhang V.

Minister Untersteller möchte das aber nicht. Das ist völlig unverständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben eine gesicherte Wolfspopulation; der Wolf gehört in Deutschland in den Anhang V und nicht in den Anhang IV der streng geschützten Bereiche.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber auch die Möglichkeit, die Wolfspopulationen zu regulieren, solange der Wolf noch im Anhang IV aufgeführt ist, wurde von der Landesregierung jahrelang negiert. Jahrelang hat man gesagt: Das geht nicht, der ist streng geschützt, da kann man die Populationen nicht regulieren. Was mich nur wundert: Wie kommt es, dass Frankreich dies macht, obwohl dort der Wolf im Anhang IV aufgeführt ist? Wie kommt es, dass Schweden dies macht?

(Abg. Raimund Haser CDU: Weil die ein paar Wölfe mehr haben!)

Dort findet eine Lizenz- und Schutzjagd auf den Wolf statt, und dort sind übrigens auch Rentierbewirtschaftungsgebiete ausgezeichnet, bei denen man sagt: Dort sind Wölfe nicht erwünscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, während andere handeln, steht in Baden-Württemberg der Streit im Vordergrund – der Streit innerhalb der Landesregierung, Untersteller gegen Hauk. Ja, Hauk wurde von Minister Untersteller regelrecht vorgeführt, und die CDU hat sich das gefallen lassen. Beispielsweise wurde in der Arbeitsgruppe „Wolf“ mit Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen, die Minister Untersteller ja mit initiiert hat, Minister Hauk nicht einmal mit eingebunden.

Das zeigt sich auch, wenn wir die Reden hier hören. Kollege Haser spricht hier und greift viele Punkte auf, die völlig richtig sind. Es sind die Grünen, die dazu nicht applaudieren.

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Es ist völlig klar: Hier gibt es innerhalb der Landesregierung einen riesengroßen Dissens.

(Andreas Glück)

Was ist die Folge dieses dilettantischen Vorgehens? Frust – Frust bei den Tierhaltern, die zunächst einmal Sorge um ihre Tiere haben, die Belastungen durch den Herdenschutz haben, die Angst vor haftungsrechtlichen Fragen haben, wenn einmal eine Schafherde oder eine Kuhherde durchgeht. Über all das haben Sie eben gerade gar nicht gesprochen.

Herr Kollege Rösler, Sie sind vorhin auf das Thema Herdenschutz eingegangen und haben gelobt, wie toll das mit den Herdenschutzhunden hier laufe. Das ist halt nicht immer so. Das große Risiko ist tatsächlich: Wenn wir viele Herdenschutzhunde haben, dann brauchen Jogger zukünftig vielleicht keine Angst vor dem Wolf zu haben – aber definitiv vor dem Herdenschutzhund, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein! Keine Ahnung, Herr Kollege! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir machen mal eine Hundeeckursion mit Ihnen! Sie haben wirklich keine Ahnung!)

Deswegen gibt es hier – ganz klar – nicht die goldene Lösung. Man kann nicht sagen: Wir brauchen nur Herdenschutzhunde, und dann ist alles in Ordnung. Sehen Sie den Problemen ins Auge!

Nun scheinen zumindest Teile der Grünen in der Landesregierung einen vorsichtigen Kursschwenk einzuläuten, indem gesagt wird, man könne die Wolfspopulation möglicherweise auch regulieren, solange sich der Wolf noch in Anhang IV befindet. Die FFH-Richtlinie hatte es den Nationalstaaten tatsächlich auch in der Vergangenheit schon ermöglicht, die Wolfspopulation in einem gewissen Rahmen zu regulieren; dies wurde nur nicht wahrgenommen.

Herr Kollege Haser, ich finde es einfach nicht richtig, dass Sie das Spiel mitmachen, den Schwarzen Peter nach Brüssel zu schieben. Das stimmt einfach nicht. Es hätte schon vorher eine Regulierung der Population stattfinden können.

Deswegen wiederhole ich unsere Forderung: Der Wolf muss ins Jagdrecht; wir brauchen eine Wolfsverordnung, und es muss darauf hingearbeitet werden, dass der Wolf entsprechend vom Anhang IV in den Anhang V gehoben wird.

Zum Titel der heutigen Aktuellen Debatte sage ich Ihnen ganz konkret: Europa hat sich in Bezug auf den Wolf eben nicht bewegt und musste dies auch gar nicht. Aber Sie haben erst jetzt, nachdem Sie jahrelang gepennt haben,

(Abg. Raimund Haser CDU: Jetzt ist es im Parlament!)

kapiert, dass auch im Rahmen der geltenden FFH-Richtlinie eine Regulierung des Wolfsbestands stattfinden kann. Ich kann Ihnen nur raten: Kommen Sie in die Puschen, sorgen Sie dafür, dass der Frust im Land in Bezug auf den Wolf aufhört. Machen Sie Ihre Arbeit!

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wenn man wie ich am Rande der Schwäbischen Alb wohnt und hin und wieder am Wochenende auf der Schwäbischen Alb wandern geht, weiß man, welch wertvoller Beitrag mit der traditionellen Weidetierhaltung auf der Schwäbischen Alb wie auch in anderen Teilen des Landes geleistet wird. Die berühmten und wunderschönen Wacholderheiden etwa würde es ohne die lange Tradition der Schäfererei auf der Schwäbischen Alb – laut der Doktorarbeit meines Staatssekretärs gibt es diese dort schon über 4 000 Jahre – nicht geben.

Unsere Kulturlandschaften in Baden-Württemberg sind letztendlich zu einem Großteil das Ergebnis von menschlicher Wirtschaftung – im Wesentlichen durch Bäuerinnen und Bauern bzw. durch die Weidetierhaltung –, und sie sind, wie wir alle wissen, bis zum heutigen Tag – ich sage: Gott sei Dank – prägend für unser Land. Sie sind wertvolle Lebensräume, sie sind reich an Arten und deshalb sehr wichtig für die Biodiversität in unserem Land. Ohne die traditionelle Weidetierhaltung wäre das alles nicht möglich. Wir haben den Weidetierhaltern in unserem Land sehr viel zu verdanken; denn sie halten die Landschaft offen. Sie pflegen damit unsere Kulturlandschaften.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wollen wir die Wacholderweiden auf der Alb, wollen wir die Magerrasen auf der Alb, oder wollen wir die Borstgrasrasen im Schwarzwald und andere für die biologische Vielfalt in unserem typischen Landschaftsbild bedeutsame Lebensräume erhalten, dann müssen wir die Weidetierhalter in unserem Land auch angemessen unterstützen – oder, anders gesagt: Die Weidetierhaltung muss Zukunft haben.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Fakt ist aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Weidetierhaltung hat schon seit Längerem mit Problemen zu kämpfen. Sie sind teilweise angesprochen worden: Preisverfall bei Fleisch, Preisverfall bei Wolle, Zerschneidung unserer Landschaften, was es erschwert, die Wanderschäfererei weiter in der gewohnten Form zu betreiben, bis hin zur Altersstruktur der Schäferinnen und Schäfer. Man könnte weitere Themen nennen.

Hinzu kommt jetzt mit der Rückkehr des Wolfes nach Baden-Württemberg eine weitere Herausforderung. Hier sind viele Zahlen gefallen, wo überall wie viele Wölfe vorkommen. Ich will die Zahlen nicht bewerten.

(Abg. Udo Stein AfD: Ihre eigenen!)

Ich will trotzdem noch mal betonen: Nachgewiesen – Stand heute – ist ein Wolf, der im Raum Wildbad sesshaft geworden ist. Einer ist mehr als null. Deshalb muss man sich damit auseinandersetzen.

Trotzdem will ich noch einmal betonen, über was wir hier gegenwärtig reden. Herr Kollege Rülke, Sie haben gefragt: Wie ist es im Saarland? Wenn man weiß, wie viel so ein Wolf wandert, kann man sagen: Wenn er morgens reingeht und wan-

(Minister Franz Untersteller)

dert, ist er mittags schon durch. So klein ist das Saarland. – Das nur nebenbei.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Regionen, in denen Wölfe vorkommen, sind Maßnahmen zum Herdenschutz – ich denke, das hat sich mittlerweile herumgesprochen, und das ist auch unwidersprochen – unverzichtbar. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen – Kollege Rösler hat vorhin einige Beispiele genannt –, dass die Anzahl der Nutztierrisse ganz entscheidend von der Qualität der ergriffenen Herdenschutzmaßnahmen abhängt. Die Größe des Wolfsbestands spielt übrigens in diesem Zusammenhang letztlich eine untergeordnete Rolle. Herdenschutzmaßnahmen sind entscheidend für das Nebeneinander von Weidetierhaltung und Wolf. Genau dieses Nebeneinander – ob es uns passt oder nicht – müssen wir letztendlich ermöglichen.

(Zuruf von der AfD: Das müssen wir nicht!)

Wir brauchen die Weidetierhalter in unserem Land zur Offenhaltung der Landschaft, insbesondere der Steillagen; ich habe versucht, das deutlich zu machen. Aber um es noch mal zu sagen: Der Wolf ist, ob es mir passt oder nicht, nun mal streng geschützt.

(Zuruf von der AfD: Das kann man ändern!)

In einem ersten Schritt hat das Umweltministerium die Förderkulisse Wolfsprävention ausgewiesen. Innerhalb dieser Förderkulisse übernimmt das Land aktuell 90 % der Nettokosten für technische Mittel, die Schaf-, Ziegen- und Gehegewildtierhalter für Herdenschutzmaßnahmen entstehen. Auch der Unterhalt von Herdenschutzhunden kann mit einer jährlichen Pauschale von gegenwärtig rund 1 950 € pro Jahr gefördert werden.

Ein Teil der durch den Wolf entstehenden zusätzlichen Kosten zum Herdenschutz konnte bisher vom Land nicht übernommen werden. Wir haben uns daher gemeinsam – das ist vorhin kurz angesprochen worden – mit dem Bundesumweltministerium, mit anderen Länderkolleginnen und -kollegen in Gesprächen bei der EU-Kommission in den letzten Monaten dafür eingesetzt, dass eine hundertprozentige Förderung von Herdenschutzmaßnahmen ermöglicht wird. Und dies haben wir, meine Damen und Herren – es freut mich, dass ich das heute sagen kann –, mit Erfolg getan.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die EU-Kommission hat am 8. November eine Änderung der Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor bekannt gegeben. Danach können Investitionen in Herdenschutzmaßnahmen nun zu 100 % durch die Länder finanziert werden, ohne dass dies als unzulässige Beihilfe gewertet würde.

Aktuell prüfen wir, wie die neuen Fördermöglichkeiten im Land nun möglichst rasch umgesetzt werden können. Und neben den Investitionskosten – das ist kurz angesprochen worden, auch von Ihnen, Herr Kollege Haser – trägt natürlich auch der erhöhte Arbeitsaufwand zu den Gesamtkosten beim Herdenschutz bei.

Das Umweltministerium arbeitet daher an einer Gesamtkonzeption zur Förderung des Herdenschutzes, die auch den erhöhten Arbeitsaufwand mit berücksichtigen soll, soweit uns dies dann auch im Rahmen der EU-rechtlichen Regelungen zukünftig möglich ist. Das will ich heute hier ausdrücklich ankündigen.

Wir wollen die erreichten Zugeständnisse der Kommission, wie gesagt, so schnell wie möglich bei den Weidetierhaltern ankommen lassen.

Meine Damen und Herren, hart bleibt die EU-Kommission allerdings bisher hinsichtlich Vorstößen zur Umstufung des Wolfes von Anhang IV – Klammer auf, mit meinen Worten: streng geschützt – in Anhang V – auch mit meinen Worten: jagdbar – der FFH-Richtlinie. Sie hat wiederholt erklärt, dass eine Änderung der FFH-Richtlinie – – Herr Abg. Dr. Rösler hat darauf hingewiesen: Vor drei Jahren gab es einen umfassenden Prozess; u. a. 550 000 Bürgerinnen und Bürger der EU haben sich daran beteiligt.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Anschließend wurde eine Entscheidung getroffen, nämlich die FFH-Richtlinie, die Vogelschutzrichtlinie zu belassen. Die EU-Kommission hat mehrfach deutlich gemacht, dass sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit ist – auch im Zusammenhang mit dem Wolf übrigens –, die FFH-Richtlinie zu ändern.

Für den Abschuss einzelner auffälliger Wölfe – das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen – ist die Umstufung übrigens auch nicht erforderlich, da in der FFH-Richtlinie bereits Ausnahmegründe zur Entnahme – ich nehme diesen Begriff jetzt einmal; man kann auch „abschießen“ sagen – des Wolfes aufgeführt sind:

Erstens: Es ist völlig unstrittig, dass den Menschen gegenüber auffällige Wölfe im Interesse der Gesundheit des Menschen sowie der öffentlichen Sicherheit getötet werden können. Herr Kollege Haser, Sie haben vorhin das Beispiel gebracht: „Ich will nicht erleben, dass ein solcher Wolf einem Kindergarten nahe kommt.“ Das kann ich zunächst einmal nachvollziehen. Aber wir erleben gegenwärtig – um auch dies einmal zu sagen – in Baden-Württemberg pro Jahr rund 1 200 Angriffe von Hunden auf Menschen.

(Abg. Udo Stein AfD: Also!)

Viele Menschen wurden dabei schwer verletzt; einzelne Angriffe sind in den letzten Jahren auch tödlich verlaufen. Warum sage ich das?

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir haben in den letzten Jahrzehnten noch nicht erlebt – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Mitteleuropa –, dass es einen Angriff von Wölfen auf Menschen gegeben hätte.

(Abg. Udo Stein AfD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Daher ist es, glaube ich, schon notwendig, dass man die Dinge hier auch richtig einordnet.

(Beifall bei den Grünen)

(Minister Franz Untersteller)

Zweitens: Auch ein erheblicher landwirtschaftlicher Schaden kann ein Grund für den Abschuss eines Wolfes sein, wenn der Wolf z. B. wiederholt Herdenschutzmaßnahmen überwindet.

Drittens: Nach meiner persönlichen Auffassung kommt noch ein weiterer Ausnahmegrund in Betracht, mit dem ich kürzlich in einem Schreiben auf die Kommission zugegangen bin. Die FFH-Richtlinie sieht vor, dass eine Art des Anhangs IV – nämlich streng geschützt – „zum Schutz der wild lebenden Tiere und Pflanzen und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume“ entnommen werden kann. Ich persönlich verstehe das so, dass die Tötung eines Wolfes ausnahmsweise auch dann möglich ist, wenn z. B. die Beweidung zum Erhalt von Lebensräumen zwingend erforderlich ist und beispielsweise eine Zäunung aufgrund steilen Geländes für die Beweiderinnen und Beweider unzumutbar wäre.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ende Oktober habe ich nun die EU-Kommission in einem Schreiben um eine klarstellende Bestätigung dieser Auffassung gebeten. Die Antwort steht im Moment noch aus. Der Vorteil wäre: Wir könnten so die rechtlichen Spielräume für die Ausnahmen bei artenschutzrechtlichen Verboten der FFH-Richtlinie erweitern.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, zusammengefasst. Erstens: Wir haben bei der EU erreicht, dass eine 100-%-Förderung von Herdenschutzmaßnahmen möglich ist. Zweitens: Wir werden die neuen Fördermöglichkeiten im Land möglichst zeitnah umsetzen. Und drittens: Wir wollen erreichen, dass der Wolf auch dann entnommen werden kann, wenn naturschutzwichtige Lebensräume gefährdet sind.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen und fördern die Weidetierhaltung, und wir werden gleichzeitig dem Schutzstatus des Wolfes gerecht. Wenn ich den Rechtsstaat achte, muss ich ihm gerecht werden. Das ist, um mit Max Weber in seinem Aufsatz aus dem Jahr 1919 zu sprechen, „Politik mit Augenmaß“.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Haser.

Abg. Raimund Haser CDU: Zunächst einmal an die AfD: Vielen Dank für das Vorlesen der Excel-Tabellen, was die Populationen in Europa angeht.

(Zurufe der Abg. Klaus Dürr und Udo Stein AfD)

Ich versuche immer noch herauszufinden, was Sie uns damit sagen wollten.

(Abg. Udo Stein AfD: Jeder handelt, außer Ihnen!)

Zu dem, was Sie gesagt haben, und auch zu Ihnen, lieber Kollege Glück: Die Zahl der Wölfe – das merken wir gerade an den Diskussionen, und wenn wir draußen sind, sehen wir das auch – ist eben nicht der entscheidende Faktor. Vielmehr ist es so: Wenn der Wolf da ist und es solche Bilder gibt, wie wir sie gesehen haben, dann reicht auch ein Wolf oder reichen auch zwei oder drei Wölfe. Deswegen sind auch die Diskus-

sionen darüber, was die Schweden und die Franzosen mit den Wölfen machen – – Das ist nicht vergleichbar; denn die haben eine völlig andere Population,

(Abg. Udo Stein AfD: Die haben weniger!)

und deswegen werden deren Anträge auch anders bewertet.

(Abg. Anton Baron AfD: Aber die handeln wenigstens! Aussitzen ist kein Weg!)

Das heißt, wir müssen schauen, dass unsere Regeln dafür gemacht sind, dass, wenn sich ein Rudel in Baden-Württemberg niederlässt und wir mehr solche Fälle wie in Wildbad haben, die Menschen das Gefühl haben, dass wir das Thema im Griff haben und es ordentlich regeln. Das hat nichts damit zu tun, wie viele Wölfe im Moment in Baden-Württemberg sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Genau!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler das Wort.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch auf zwei Dinge eingehen, und zwar eher grundsätzlicher Art.

Das eine ist die Frage, die so indirekt im Raum herumwabert: Brauchen wir den Wolf?

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Die gleiche Fragen müsste man dann bei allen Arten stellen. Brauchen wir die Wildkatze? Brauchen wir den Schwalbenschwanz? Brauchen wir einen Nationalpark? Brauchen wir ein Biosphärengebiet?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf von der AfD: Brauchen wir die Grünen?)

Wir brauchen es nicht, aber wir wollen es aus unterschiedlichen Gründen. Das ist eine Frage, die viel mit Ethik und mit Verantwortung zu tun hat. Die Inder brauchen keinen Tiger. Trotzdem gibt es einen weltweiten Konsens darüber, dass der Tiger in Indien sein Lebensrecht hat und dort überleben dürfen soll.

Die zweite Frage grundsätzlicher Art: Brauchen wir eine sachliche Debatte? Ja! Brauchen wir Populismus? Nein!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der AfD)

Eine Hoffnung habe ich in diesem Zusammenhang zu guter Letzt: Kürzlich gab es eine Veranstaltung im Nordschwarzwald, dort, wo die Emotionen sicher am stärksten nach oben gehen, weil der Wolf dort im Augenblick lebt und es dort auch den Massenriss gab. Es gab eine Veranstaltung, und der „Schwarzwälder Bote“ titelte dann:

Wolf: Beginnt jetzt die Sachdiskussion?

Weniger Hysterie und Populismus – mehr Sacharbeit und konstruktive Debatte: Einer Veranstaltung des Grünen-

(Dr. Markus Rösler)

Kreisverbands Calw ist tatsächlich das Kunststück gelungen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wolfs-Gegner und -Befürworter fast ganz ohne große Emotionen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Ich wünsche mir, dass alle Fraktionen hier im Landtag das Bemühen haben, solche Veranstaltungen durchzuführen. Es täte der Debatte gut, es täte dem Naturschutz im Land gut, und es täte uns allen gut, mit weniger Populismus und mit mehr Fakten und Sachargumenten an diesem Thema zu arbeiten.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sind doch der Klimapopulist hoch zehn!)

In meinem ersten Beitrag habe ich versucht, das ganz konkret zu benennen. Ich wünsche mir für die weitere Debatte mit allen Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, dass Fakten und nicht Fake News im Vordergrund der Wolfsdebatte stehen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Genau! – Zuruf von der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion hat Herr Abg. Stein das Wort.

Abg. Udo Stein AfD: Danke, Frau Präsidentin. – Herr Rösler, wenn Sie die Zahlen des WWF als Fake News bezeichnen, wünsche ich Ihnen viel Spaß dabei, denn da habe ich sie nämlich her.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das habe ich auch gar nicht gemeint! Die Zahlen sind korrekt!)

Ich muss ganz klar sagen, dass ich schon etwas enttäuscht bin – einerseits von der CDU. Denn was passiert wieder? Wir reden hier nur. Wo sind die Lösungsansätze? Bis wann wird gehandelt? Da steht wieder alles offen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wohin bewegen wir uns jetzt?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sich zurück auf Ihren Platz!)

Wollen wir uns an die anderen Länder in der Europäischen Union, die bereits den Wolf ins Jagdrecht aufgenommen haben, anpassen oder nicht? Wir haben genügend Wölfe in Deutschland. Wir haben auch genügend Platz in Deutschland, damit die Wölfe hier leben können.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Aber ob das Baden-Württemberg sein muss, möchte ich ganz klar bezweifeln. Finnland hat seine Rentiergebiete, wir haben unsere Schafgebiete.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Herr Kollege Glück, wir haben ja an sich eine Mehrheit – wenn man den Wolf im Jagdrecht haben will – mit der CDU und der FDP/DVP.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann viel Spaß!)

Aber, Herr Glück, dass Sie von der FDP eine Verordnung und mehr Bürokratie wollen, wundert mich schon etwas.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie verstehen es einfach nicht!)

Herr Minister – wie gesagt, die Zahlen sind vom WWF; das müsste ja den Grünen an sich näher sein als der AfD –,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie wissen gar nicht, was der WWF ist, glaube ich!)

wir müssen auch eines ganz klar feststellen: Wenn Sie sagen, Ihnen sei bis heute kein Wolfsangriff in Europa bekannt,

(Abg. Anton Baron AfD: Fake News!)

dann schockiert mich so etwas, und das bezeichne ich als ganz klare Fake News. Informieren Sie sich über die Wolfsangriffe in Polen und in Griechenland.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das war ein domestizierter Wolf! – Oh-Rufe von der AfD – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das ist ein Fakt!)

– Das sind dann immer die Ausreden. Jeder Mensch, der von einem Wolf angegriffen wird, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Moment!

Abg. Udo Stein AfD: ... ist ein Mensch zu viel, Frau Kollegin Böhlen.

Herr Mack, Sie wollten noch etwas zu Alaska hören. In Alaska sollen Kinder nicht allein an Bushaltestellen warten. So etwas möchte ich in Baden-Württemberg nicht erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von den Grünen, u. a.: Nicht wegen der Wölfe! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wegen der AfD!)

Ich kann noch einmal sagen: Unsere Partnerländer in der Europäischen Union handeln – Finnland, Schweden, Frankreich, Spanien, Italien, Rumänien und die Slowakei.

Was ist das Fazit von heute? Wieder nur viel heiße Luft vonseiten der Union und der Grünen verblasen, und gehandelt wird nicht.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich nur noch sagen, vor allem zu meinem Vorredner: Man sollte nur Gleiches mit Gleichem vergleichen,

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

und Ungleiches mit Ungleichem. Das wäre für die politische Willensbildung wahrscheinlich eine recht gute Grundlage, um sich dann auf dem richtigen Weg zu bewegen.

(Gabi Rolland)

Zweiter Punkt: Ich habe den Eindruck, dass diese Debatte „Risiko durch den Wolf – Europa bewegt sich. Das Land bewegt sich mit.“ niemandem hilft,

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

zumindest nicht hier drinnen, und ich glaube, auch nicht draußen, vor allem nicht den Wölfen, auch nicht den Schafen und Ziegen und erst recht nicht den Nutztierhaltern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal an den Kollegen von der AfD: Sie haben es einfach nicht verstanden.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Sie haben nicht verstanden, dass man eine komplexe Rechtslage durchaus in einer Verordnung zusammenführen kann und dass dies dann zu weniger Bürokratie führt, nicht zu mehr Bürokratie. Aber ich glaube, bei Ihnen muss man da ganz von vorn anfangen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von der AfD: Nicht von sich auf andere schließen! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Herr Minister Untersteller, auf der einen Seite singen Sie hier vorn das Hohelied der Weidetierhaltung, auf der anderen Seite wenden Sie sich aber gegen eine regelhafte Regulierung der Wolfspopulation. Das passt nicht zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Sie wissen es noch: Sie standen hier vorn und sagten, es sei ein Riesenerfolg, dass man jetzt die Materialkosten für irgendwelche Zäune bekomme. Ich stelle bloß einmal die Frage: Haben Sie einmal selbst gezäunt? Wissen Sie, welch ein Aufwand das ist? Wenn hier von dergleichen gesprochen wird, dann müssten es tatsächlich die Arbeitskosten sein, wie es Kollege Haser vorhin richtigerweise gesagt hat.

Sie haben richtigerweise übrigens auch gesagt, Herr Kollege Haser – das hat auch mich jetzt eigentlich schon wieder gestört –: Der Minister tut so, als würden Sie den Teufel an die Wand malen. Sie haben es angesprochen: Wölfe vor Kindergärten. Das ist in Deutschland doch schon Realität. In Brandenburg trieb sich tatsächlich eine Woche lang ein Wolf im Vorgarten einer Kindertagesstätte herum. Bis erst einmal der ganze Apparat in Gang kam, um den Wolf nach Bundesnaturschutzrecht entnehmen zu können, war er wieder weg. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das will auch ich nicht in Baden-Württemberg; da hat Kollege Haser komplett recht. Das wollen wir offensichtlich beide nicht hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann, Herr Kollege Haser, haben Sie vorhin gesagt, die Anzahl der Wölfe sei doch gar nicht so wichtig, wir sollten schadenorientiert denken.

(Abg. Raimund Haser CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Egal, wie viele Wölfe es sind – schauen wir danach, welche Schäden durch den Wolf verursacht werden.

(Abg. Raimund Haser CDU: Nein! Das habe ich nicht gesagt!)

Nun haben wir mittlerweile 56 gerissene Schafe hier in Baden-Württemberg. Wann wollen wir denn anfangen zu handeln, wenn nicht jetzt?

Herr Kollege Rösler, eines möchte ich Ihnen gegenüber schon sagen: Das zeugt wieder einmal davon, in welcher Wolfsromantikwelt Sie leben.

(Lachen des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Sie setzen hier doch gnadenlos den Schwalbenschwanz einem Wolf gleich.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Es geht um ethische Fragen!)

Das sind doch zwei völlig – – Da geht es natürlich um ethische Fragen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Doch!)

aber der Wolf ist doch mit einem großen Risiko behaftet, wohingegen ich den Schwalbenschwanz jetzt nicht unmittelbar als direkte Bedrohung für uns alle sehe.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Das stört mich vielleicht noch am meisten: Es sind doch genau Sie, der immer entscheiden will, welches Tier gut ist und welches schlecht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein! – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! Genau so!)

Der Wolf ist anscheinend gerade ganz gut, aber z. B. das Rotwild, z. B. den Hirsch wollen auch Sie bereits seit Jahren hier in Baden-Württemberg verhindern.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein!)

Offensichtlich gehören Sie zu denen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Falsch!)

die entscheiden wollen, welche Tiere gut sind und welche schlecht,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist falsch!)

welche Tiere hier geschützt sind und welche abgeschossen gehören. Das ist nicht das richtige Vorgehen, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der AfD: Pseudo-Grüne!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aktuellen Debatte keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir haben jetzt aber eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Rösler für eine persönliche Erklärung.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kollege Glück hat heute zum zweiten Mal meinen Namen und Aussagen von mir im Zusammenhang mit der Wolfsbeobachtung in Korntal-Münchingen am 13. Januar 2018 genannt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schwalbenschwanz!)

Er hat dies zum zweiten Mal eindeutig mit dem Ziel getan, meine Aussagen ins Lächerliche zu ziehen.

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mehr Selbstbewusstsein, Markus!)

Ich stelle fest – genau, das habe ich, mein lieber Karl-Wilhelm –:

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die in Baden-Württemberg zuständigen Experten der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt, die hier die amtliche Befugnis haben, sich zu äußern, haben nach der ersten Meldung aus Korntal-Münchingen zum gleichen Zeitpunkt wie ich eine gleichlautende Einschätzung abgegeben.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch keine persönliche Erklärung!)

Darüber hinaus darf ich aus aktuellem Anlass ergänzen: Kollege Glück hat vor einem Augenblick behauptet, ganz frisch, ich persönlich würde mich dafür einsetzen, dass es Beschränkungen beim Rotwild gibt.

(Abg. Anton Baron AfD: Das soll eine persönliche Erklärung sein?)

Diese Aussage des Kollegen Glück entspricht nicht der Realität und entspricht nicht meinen Aussagen. Ich bedaure, dass es erforderlich ist, hier so etwas richtigzustellen.

Danke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Haus ist beeindruckt! – Abg. Anton Baron AfD: Das hat niemanden interessiert!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Punkt 1 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 – Drucksache 16/5100

b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes – Drucksache 16/5111

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Ministerin Sitzmann.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grün-schwarze Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen arbeiten verlässlich, sachorientiert und leidenschaftlich. Wir tun alles, um unser Land voranzubringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist leider heutzutage, wie wir in den vergangenen Monaten in Berlin erleben konnten, keine Selbstverständlichkeit.

Unser finanzpolitischer Kurs ist klar. Er ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Mit diesem Nachtragshaushalt gehen wir den nächsten großen Schritt, um die Finanzen unseres Landes solide aufzustellen. Wir machen den Haushalt noch stabiler, noch nachhaltiger und noch wetterfester. Wir wollen und wir werden ab 2020 die Schuldenbremse einhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Kernidee der Nachhaltigkeit, lieber Kollege Hauk, stammt aus der Forstwirtschaft und lautet: Schlag nur so viel Holz ein, wie nachwächst. Auf den Haushalt übertragen heißt das:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gib nur das aus, was du einnimmst!)

Gib nur so viel Geld aus, wie du einnimmst. Aber das genügt noch nicht. Denn was passiert, wenn z. B. ein großer Brand viele Dachstühle versengt oder ein schwerer Sturm Zäune niederfährt? Dann braucht man – um im Bild zu bleiben – mehr Holz, als nachwächst. Das heißt, es ist klug, weniger Holz zu schlagen, als nachwächst, um für Unwetter oder Sondersituationen gewappnet zu sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Oder für Wahlveranstaltungen!)

Wiederum auf den Haushalt übertragen bedeutet das: Gib in guten Zeiten weniger Geld aus, als du einnimmst. Oder im Volksmund: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

Denn, meine Damen und Herren, was kann passieren, wenn man diese Idee der Nachhaltigkeit missachtet? Dann kann es sein, dass man in einer schweren Wirtschaftskrise, die mit einem Sinken der Einnahmen einhergeht, die Ausgaben radikal kürzen muss. Damit würde sich die Krise verschärfen.

Jahrzehntelang war die Haushaltspolitik in Baden-Württemberg nicht nachhaltig. Immer neue Schulden wurden aufgetürmt, der Sanierungsstau wuchs und wuchs, und es wurde auch zu wenig Vorsorge getroffen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das galt in schlechten Zeiten – wofür man ja Verständnis haben kann –, es galt aber leider häufig auch in guten Zeiten.

Mit dieser Politik auf Pump machen wir, meine Damen und Herren, Schluss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Bei der CDU klatschen welche!)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Wir sanieren, wir tilgen, und wir sorgen heute für morgen vor. Das tun wir, um den Haushalt dauerhaft wetterfest zu machen.

Auch ein weiterer Aspekt der Nachhaltigkeit ist mir wichtig. Es wäre falsch, eine Baumart, die viel Wasser braucht, auf trockenen Sandböden zu pflanzen. Übertragen bedeutet das, dass wir unsere Ressourcen auch richtig einsetzen müssen. Wir müssen eben dort investieren, wo die eingesetzten Mittel das Land weiterbringen. Genau deshalb haben wir diesen Nachtrag auf den Weg gebracht.

Jahrzehntelang wurde zu wenig in die Landesgebäude und die Straßen des Landes investiert. Die Folgen erleben wir heute: Es gibt einen erheblichen Sanierungsstau im Land. Bei den Landesstraßen haben wir schon vor einigen Jahren die Trendwende eingeleitet. Der Zustand der Landesstraßen verbessert sich.

(Lachen bei der AfD)

Bei den 8 000 landeseigenen Gebäuden wollen wir eine solche Trendwende nun ebenfalls erreichen. Mit dem Entwurf zum Nachtragshaushalt verstärken wir noch einmal die Sanierungsoffensive: 28 Millionen € zusätzlich für die Sanierung von Gebäuden des Landes und 174 Millionen € zusätzlich für kommunale Sanierungen.

Wenn wir zusammenrechnen, was wir 2017 bis 2019 damit insgesamt für die Sanierungsoffensive bereitstellen, kommen wir auf beträchtliche Summen: 400 Millionen € für die Universitätsklinika, fast 600 Millionen € für kommunale Sanierungen und über 1,5 Milliarden € für Landessanierungen mit dem Schwerpunkt Gebäude und Straßen, macht zusammen 2,5 Milliarden €. Das, meine Damen und Herren, ist die größte Sanierungsoffensive in der Geschichte unseres Landes.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Sanierungsoffensive stärkt die Nachhaltigkeit des Haushalts, weil wir exponentiell steigende Kosten für Instandhaltung und Sanierung in der Zukunft vermeiden. Die Sanierungsoffensive bringt auch den Klimaschutz voran, denn gute, energetisch sanierte Gebäude sparen Energie und CO₂. Sanierte Gebäude sparen Betriebskosten und schonen so den Landshaushalt. Die Sanierungsoffensive verbessert auch die Lebensqualität. Von ihr profitieren viele Menschen im ganzen Land; denn in guten Gebäuden lernt und arbeitet es sich einfach besser, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Seit den Siebzigerjahren stieg der Schuldenberg. Er stieg und stieg jedes Jahr um durchschnittlich 1 Milliarde € auf insgesamt rund 46 Milliarden €. In der vergangenen Legislaturperiode wurde diese verheerende Dynamik gestoppt und wurde dreimal ein Haushalt ohne neue Schulden beschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das führen wir in dieser Legislaturperiode selbstverständlich fort. Wir tun aber noch mehr: Wir schaffen die historische Trendwende und tilgen erstmals in erheblichem Umfang Kreditmarktschulden.

Mit dem Nachtrag erhöhen wir das Tempo kräftig. Zum Urhaushalt hatten wir beschlossen, von den 1,5 Milliarden € Kreditermächtigungen über 900 Millionen € abzulösen und mit Barmitteln zu ersetzen. Nun lösen wir die restlichen 621 Millionen € mit diesem Nachtrag ab; macht insgesamt 1,5 Milliarden €.

Rechtlich ändert sich dadurch am Schuldenstand zwar nichts, aber wirtschaftlich schon, da wir auf zukünftige Kreditaufnahmen in Höhe dieser Kreditermächtigungen verzichten werden. Wirtschaftlich ist das also gleichbedeutend mit Tilgung.

Wir tilgen zusätzlich 400 Millionen € Schulden bei der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH. Damals, mit der Kapitalerhöhung bei der Landesbank Baden-Württemberg im Jahr 2009, haben wir über die LBT 2 Milliarden € Schulden aufgenommen. Mit diesen 400 Millionen € können wir jetzt die 2 Milliarden € auf 1,6 Milliarden € reduzieren. Das spart uns Zinsen, und das reduziert den Zuschuss im Haushalt, wenn das Konto hier im Minus ist.

Meine Damen und Herren, wir haben also die angesammelten Garantiegebühren genutzt, um bei der LBT die Darlehen deutlich zurückzuführen. Wir haben im Haushaltsentwurf vorgesehen, dass wir zu den 500 Millionen € Kreditmarktschulden, die wir bereits im Urhaushalt 2018/2019 tilgen wollen, weitere 500 Millionen € Kreditmarktschulden tilgen; macht insgesamt 1 Milliarde €.

Aufgrund der erfreulichen Herbststeuerschätzung stehen weitere 400 Millionen € zur Tilgung zur Verfügung. Der Landtag hat nun im parlamentarischen Verfahren zu entscheiden, wie diese 400 Millionen € im Einzelnen zur Tilgung verwendet werden.

Insgesamt tilgen wir auf jeden Fall bis Ende nächsten Jahres mindestens 2,9 Milliarden € Schulden am Kreditmarkt. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist wahrlich ein riesiger Erfolg auf dem Weg zu einem wetterfesten Haushalt, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Um das auch einmal einzuordnen, meine Damen und Herren: Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat 144 Milliarden € Schulden,

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Baden-Württemberg 46 Milliarden €. Die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW feiert sich nun dafür, dass sie bis Ende 2019 180 Millionen € tilgen will.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und bei wie vielen Schulden waren die Grünen in NRW dabei?)

Wir tilgen mindestens 2,9 Milliarden € Schulden, meine Damen und Herren, und damit bilden wir zusammen mit den Bundesländern Bayern, Berlin und Hamburg die Spitzengruppe beim Schuldenabbau. So viel zum Thema Ambitionen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir sanieren mehr, wir bauen Schulden ab, und als dritten Baustein für einen wetterfesten,

(Ministerin Edith Sitzmann)

nachhaltigen Haushalt sorgen wir heute noch mehr für morgen vor.

Im Urhaushalt haben wir bereits beschlossen, deutlich mehr Geld für künftige Pensionsverpflichtungen zurückzulegen. Wir verdoppeln die Rücklagen für künftige Pensionen von rund 4 Milliarden € im Jahr 2014 auf voraussichtlich rund 8 Milliarden € bis zum Jahr 2020. 8 Milliarden € Rücklage, das entspricht den gesamten Pensionsausgaben von rund 15 Monaten.

Im Nachtrag stärken wir die Vorsorge erneut, und wir führen 1 Milliarde € der Rücklage für Haushaltsrisiken zu.

Wir tilgen also insgesamt über 6 Milliarden € implizite und explizite Schulden, und wir legen gleichzeitig mehr Geld für morgen zurück. So stabil und nachhaltig war der Landeshaushalt seit Jahrzehnten nicht mehr aufgestellt. Also, meine Damen und Herren, wir nutzen die guten Zeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch wenn ich mich über Applaus natürlich immer freue: Unser Maßstab ist nicht der schnelle Applaus, sondern der langfristige Erfolg. Unser Kompass ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet.

Erstmals in der Geschichte unseres Landes, meine Damen und Herren, läuft die Schuldenuhr rückwärts. Mit diesem Nachtrag sorgen wir dafür, dass sie noch schneller rückwärts läuft. Darüber freue ich mich, und darauf bin ich auch stolz.

Baden-Württemberg geht es hervorragend. Die Arbeitslosenquote ist mit 3 % so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr; es herrscht praktisch Vollbeschäftigung. Zur Freude unserer Wirtschaftsministerin sind die Auftragsbücher der baden-württembergischen Unternehmen voll. Zur Freude des Innenministers können wir feststellen, dass die Kriminalitätsbelastung sinkt

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

und ebenfalls so niedrig ist wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Baden-Württemberg ist eines der sichersten Bundesländer überhaupt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das Armutrisiko ist bei uns so niedrig wie in keinem anderen Bundesland. Nirgendwo in Europa wird mehr geforscht und entwickelt als in Baden-Württemberg. Bei uns fließen rund 5 % der Wirtschaftskraft in Forschung und Entwicklung, deutschlandweit sind es 3 %, in Europa sind es 2 %. Wir sind da also gut dabei, meine Damen und Herren, auch wenn wir natürlich die Untersuchungen des Technologiebeauftragten, die gestern der Presse vorgestellt worden sind, sehr ernst nehmen. Wir freuen uns über das Lob, aber wir achten auch darauf, dass wir die Herausforderungen der Zukunft annehmen.

Die Bertelsmann Stiftung hat uns im August dieses Jahres attestiert: Baden-Württemberg ist ganz vorn bei den Personalschlüsseln in der Kleinkindbetreuung. Bei den Krippen erreichen wir bundesweit ein Spitzenverhältnis von 1 : 3.

Bei einem bundesweiten Ranking für nachhaltige Mobilität, lieber Herr Kollege Hermann,

(Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje!)

haben wir ebenfalls Platz 1 erreicht. Auch bei den Rahmenbedingungen für die Energiewende sind wir vorn mit dabei.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

Auf diesen Erfolgen ruhen wir uns nicht aus, sondern wir tun alles dafür, dass es auch in Zukunft so bleibt. Dort, meine Damen und Herren, wo wir noch nicht so gut sind, beispielsweise in der schulischen Bildung, strengen wir uns an. Da ist unser Ehrgeiz, dass wir besser werden, vordere Plätze erreichen und die mittleren Plätze hinter uns lassen. Genau dafür gibt dieser Nachtragshaushalt wichtige Impulse.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir bauen eben nicht nur Schulden ab, sondern wir erhöhen auch noch einmal die Zukunftsinvestitionen. Die grün-schwarze Landesregierung und die Regierungsfractionen tun alles, damit unsere Kommunen dauerhaft dort bleiben, wo sie hingehören und zum Glück heute auch sind, nämlich bundesweit ganz vorn.

Unsere Kommunen haben mit 956 € bundesweit die drittniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts. Nur in Sachsen und in Brandenburg liegt sie niedriger. Bayern mit 1 066 € und Hessen mit über 3 000 € können da nicht mithalten.

Aber damit nicht genug: Bei den Schulden in den Kernhaushalten liegt der Durchschnitt aller Gemeinden und Gemeindeverbände in den Flächenländern bei 1 704 € pro Kopf. Die baden-württembergischen Kommunen dagegen konnten ihre Schulden um rund 4 % auf 560 € senken. Damit liegen unsere Kommunen auf Platz 1, und das mit deutlichem Abstand.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Hinzu kommt: Unsere Kommunen haben auch die zweithöchsten Investitionen, und sie erzielen Haushaltsüberschüsse.

Vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden, entsteht der Zusammenhalt, der unser Land so stark, so stabil und so erfolgreich macht. Wenn wir im Kreis der Finanzminister auf die Kommunen zu sprechen kommen, dann gibt es viele neidische Blicke auf Baden-Württemberg. Aber, meine Damen und Herren, das ist gut so, und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Im November 2016 haben wir – das Land und die Kommunen – uns deshalb bereits auf einen langfristigen Pakt verständigt, der bis zum Ende der Legislaturperiode Planungssicherheit bietet. Sowohl das Land als auch die Kommunen müssen jetzt ihre Planungen anpassen. Der erfreuliche Grund ist: Wir haben eine gute Entwicklung der Steuereinnahmen. Bei uns in Baden-Württemberg fließen von jedem Euro Gemeinschaftssteuereinnahmen 23 Cent an die Kommunen. Auch davon können Kommunen in anderen Bundesländern nur träumen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das haben sie sich auch erarbeitet!)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Deshalb liegen nach der aktuellen Steuerschätzung die Nettoeinnahmen der Kommunen allein in den Jahren 2018 bis 2020 rund 6 Milliarden € höher, als es vor zwei Jahren geschätzt worden war.

Wir beteiligen unsere Kommunen aber nicht nur fair an den guten Steuereinnahmen, sondern wir, das Land, unterstützen sie auch darüber hinaus kräftig. Wir unterstützen die Kommunen 2017, 2018 und 2019 freiwillig mit insgesamt fast 600 Millionen € Landesmitteln für kommunale Sanierungen. Stabile Brücken und ordentliche Schulgebäude – wir kümmern uns darum; wir sorgen für Verbesserungen konkret und vor Ort.

Der Löwenanteil der kommunalen Sanierungsmittel fließt in kommunale Schulgebäude. Das haben die Kommunen so entschieden, und ich denke, das ist auch richtig. Denn unsere Kinder sollen bestmögliche Lernbedingungen haben, und ordentliche Gebäude gehören zwingend dazu.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

6 Milliarden € mehr Steuereinnahmen und zusätzlich 600 Millionen € für kommunale Sanierungen, das sind doch wirklich Zahlen, auf die wir zusammen stolz sein können.

Aber das ist noch nicht alles, meine Damen und Herren. Denn nach intensiven Verhandlungen zwischen den kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung haben wir uns auf einen weiteren Pakt verständigt. Dieser Pakt ist der Hauptgrund, der Hauptanlass für diesen Nachtragshaushalt. Zusammen werden wir 1,6 Milliarden € zusätzlich in Bildung, in Mobilität, in Integration und in Gesundheit investieren. Es ist ein gemeinsamer Kraftakt von Land und Kommunen, um Baden-Württemberg weiter voranzubringen. Das Land trägt 1 Milliarde € der Kosten, die Kommunen leisten einen Beitrag von 600 Millionen €. Diesen Pakt setzen wir nun mit dem Nachtragshaushalt um, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unsere Polizistinnen und Polizisten und unsere Rettungsdienste machen oft einen schwierigen Job. Sie setzen sich selbst Gefahren aus, damit wir sicher und frei leben können. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Um unsere Wertschätzung zu unterstreichen, stellen wir mehr Geld für die Ausstattung der Polizei zur Verfügung. Wir heben die Stellenbesetzungssperre auf, und wir stellen im Nachtragshaushalt auch 5 Millionen € für die Auszahlung von geleisteten Überstunden zur Verfügung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Klaus Dürr AfD: 5 Millionen €!)

Darüber hinaus schaffen wir Stellen für Ermittlungsassistenten, um so die Kriminalpolizei zu unterstützen. Für die Justiz stellen wir Mittel für über 130 neue Stellen bereit, u. a. um Asylverfahren zu beschleunigen.

Meine Damen und Herren, das zeigt auch: Wir wissen, was wir an einem starken und handlungsfähigen Rechtsstaat haben. Er ist uns etwas wert.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die Mittel für kommunale Straßen, Radwege und den Ausbau von Bus und Bahn führen wir nicht nur fort. Nein, wir werden sie gemeinsam mit den kommunalen Partnern ab 2020 auf 320 Millionen € jährlich erhöhen und damit fast verdoppeln. In diesem Nachtragshaushalt haben wir die dafür notwendigen Verpflichtungsermächtigungen eingeplant. Wir wollen nämlich, dass jeder jederzeit zuverlässig mit öffentlichen Verkehrsmitteln von A nach B fahren kann, und zwar egal, ob er in Sulzbach oder Stuttgart, in Horb oder Heidelberg, in Riedlingen oder Rastatt wohnt.

Und wir wollen, dass man nicht nur auf dem Land durchatmen kann, sondern auch in unseren Städten. Deshalb stellen wir 105 Millionen € zusätzlich für das Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung bereit.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, mit diesem Nachtragshaushalt setzen wir also ganz wichtige Impulse für nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum und in den Städten, für bessere Luft und für mehr Klimaschutz.

Unser Kompass in der Bildung lautet: Die Kleinsten sind das Wichtigste und das Wertvollste, was wir in unserem Land haben. Jedes Kind, egal, ob seine Eltern arm oder reich sind, ob seine Eltern seit Jahrzehnten oder erst seit Kurzem hier leben, jedes Kind hat die gleichen Chancen verdient, etwas aus seinem Leben zu machen. Das ist auch mir persönlich, meine Damen und Herren, sehr wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir massiv in die frühkindliche Bildung investiert. Wir haben die Grunderwerbsteuer erhöht und die Mehreinnahmen für die Betreuung der unter Dreijährigen vorgesehen. Wir haben dieses Versprechen nicht nur gehalten. Nein, meine Damen und Herren, wir haben es übererfüllt. Im Jahr 2018 investiert das Land bereits über 900 Millionen € in die Kleinkindbetreuung. Die Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer betragen hingegen weniger als 600 Millionen €. Das war ein kluger Schritt, denke ich, der sich heute auszahlt. Denn mit diesen Mitteln konnten die Städte und Gemeinden die Zahl der Kitaplätze massiv erhöhen und die Qualität ausbauen. Wir haben uns zwischenzeitlich bundesweit klar an die Spitze gesetzt, was das Betreuungsverhältnis und die Qualität angeht.

Diesen klugen Kurs für beste Bildung für die Kleinsten setzen wir nun fort. Die Kindergartenförderung wird ab 2019 stufenweise von jetzt 529 Millionen € auf über 1 Milliarde € im Jahr 2021 erhöht. Ja, Sie haben richtig gehört: von 530 Millionen € auf 1 000 Millionen €.

Und damit nicht genug: Mit dem Pakt für gute Bildung und Betreuung, den Kollegin Eisenmann verhandelt hat, verbessern wir die frühkindliche Bildung weiter.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir werden im Endausbau für diesen Pakt 80 Millionen € jährlich zur Verfügung stellen; der Startschuss fällt mit diesem Nachtragshaushalt. Die 80 Millionen € sind vorgesehen für eine Ausbildungs-offensive für Erzieherinnen und Erzieher, die dringend notwendig ist. Sie sind vorgesehen für mehr Sprach-

(Ministerin Edith Sitzmann)

förderung, für eine Stärkung der Kindertagespflege, für gelingende Inklusion und für verstärkte Kooperation mit den Grundschulen. Das, meine Damen und Herren, ist ein richtig gutes und wichtiges Bildungspaket für die Kinder in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Aber damit hören wir nicht auf. Auch bei der schulischen Bildung wollen wir weiter nach vorn kommen. Wir haben bereits im Haushalt 2018/2019 200 zusätzliche Studienplätze für Grundschullehrkräfte geschaffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz wichtig!)

Mit diesem Nachtragshaushalt werden wir weitere 200 Studienanfängerplätze schaffen. Das notwendige Geld für das neue Qualitätskonzept der Kultusministerin stellen wir ebenfalls zur Verfügung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen: Wir ringen noch immer mit dem Bund, ob die versprochenen ehemaligen fünf Wanka-Milliarden tatsächlich bei uns ankommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da sind wir alle gespannt!)

Der Bund verspricht es seit Jahren – angekommene Euro: bisher null.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb wollen wir mit den Kommunen gemeinsam vorangehen und 150 Millionen € in die Digitalisierung der Klassenzimmer investieren. Wir gehen damit in Vorleistung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen und wir werden unsere Spitzenstellung in der Forschung sichern. Davon hängt natürlich ganz entscheidend ab, ob wir auch morgen noch in Wohlstand leben können oder ob wir von anderen abgehängt werden.

Wenn wir uns die Exzellenzinitiative ansehen: Ich bin froh, dass wir unseren Universitäten in Freiburg, Stuttgart, Tübingen, Konstanz, Heidelberg, Ulm und auch dem KIT in Karlsruhe herzlich gratulieren können. Sie alle waren erfolgreich. Sie haben im harten Wettbewerb mit insgesamt zwölf Exzellenzclustern wirklich hervorragend abgeschnitten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Von den sieben genannten Universitäten sind sechs weiter im Rennen um den Exzellenztitel. Ich hoffe, dass Sie mit mir gemeinsam fest die Daumen drücken, dass unsere Universitäten auch da erfolgreich sein können.

Eine Schlüsseltechnologie für die Zukunft – das ist im Strategiepapier des Technologiebeauftragten nochmals deutlich geworden und unterstrichen worden – ist sicherlich die künstliche Intelligenz. Mit dem Cyber Valley haben wir hier bereits einen wichtigen Impuls gesetzt. Aber wir werden auch im Nachtrag noch einmal nachlegen und weitere 20 Millionen €

für die Erforschung und Entwicklung der künstlichen Intelligenz bereitstellen.

Darüber hinaus – Sie konnten es der Presse entnehmen – schaffen wir auch die Voraussetzung, dass wir, das Land, handlungsfähig sind und Bundesmittel für künstliche Intelligenz und Batterieforschung kofinanzieren können. Wir hängen uns richtig rein. Wir tun alles, damit wir gute Voraussetzungen haben, um auch Bundesmittel zu generieren. Ich drücke dem Ministerpräsidenten, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und allen Kolleginnen und Kollegen, die mit Ausdauer und Leidenschaft daran arbeiten, die Daumen, dass wir hier erfolgreich sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Halleluja!)

Meine Damen und Herren, dafür, dass ich heute den Nachtragsentwurf einbringen kann und wir ihn auf den Tisch legen können, danke ich ganz herzlich. Ich danke für die gute Kooperation mit den Regierungsfractionen, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett und selbstverständlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium.

Wir tun das alles, damit wir tatsächlich die guten Zeiten nutzen und den Haushalt für die Zukunft wetterfest machen. Wir tilgen über 6 Milliarden € Schulden, und wir erhöhen die Zukunftsinvestitionen. Einen solideren, stabileren und nachhaltigeren Haushalt gab es noch nie. Die Richtung stimmt; wir halten Kurs. Die Zukunft kann kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich nun das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich das Ziel des Nachtragshaushalts mit den Worten von Karl Popper zusammenfassen. Er hat gesagt:

Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muss sein: Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.

So, wie es der Philosoph Karl Popper formulierte, haben wir einen Nachtragshaushalt erstellt, mit dem wir unserer Verantwortung für die Zukunft gerecht werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wenn der gewusst hätte, wofür er hier zitiert wird!)

Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 haben wir die Trendwende eingeleitet. Die Schuldenuhr in Baden-Württemberg tickt seither rückwärts. Schon im Haushalt 2017 hatten wir begonnen, die implizite Verschuldung abzubauen. Erstmals in der Geschichte unseres Landes bauen wir in diesem Jahr Kreditmarktschulden ab, und zwar kräftig.

(Andreas Schwarz)

Mit dem Nachtragshaushalt 2018/2019 forcieren wir den Schuldenabbau noch weiter. Wir tilgen 1 Milliarde € Schulden am Kreditmarkt, und wir tilgen 4,5 Milliarden € implizite Schulden. Das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das ist eine Investition in die Zukunft, eine Investition für kommende Generationen, damit diese selbst gestalten können. Handlungsspielräume für die Zukunft schaffen, das ist Generationengerechtigkeit.

Wir Grünen schlagen daher vor, die Steuermehreinnahmen aus der Herbststeuerschätzung in die Schuldentilgung zu stecken. Daher werden wir eine weitere Viertelmilliarde Euro an Kreditmarktschulden zurückzahlen. Dann haben wir insgesamt eine Rekordsumme von mehr als 1,25 Milliarden € für die Rückzahlung von Schulden. Weitere 150 Millionen € werden wir für die Modernisierung der Landesgebäude und der Universitätskliniken zur Verfügung stellen. Das ist finanzpolitisch klug und ist gut für unser Land und für die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleichzeitig haben wir so viel in die Zukunft investiert wie nie zuvor – in Bildung, in Kinderbetreuung, in den Natur- und Klimaschutz, in Wissenschaft und Innovationen. Deshalb dienen dieser Doppelhaushalt und der Nachtrag neben dem weiteren Schuldenabbau dazu, unsere Kommunen zu stärken und Risikovorsorge zu betreiben.

Wir schauen nicht nur auf den nächsten Tag, sondern wir blicken weit in die Zukunft. Unser Handeln ist weitsichtig; deshalb stocken wir die Rücklage für Haushaltsrisiken um rund 1 Milliarde € auf. Wir treffen Vorsorge für mögliche Haushaltsrisiken in den nächsten Jahren. Wir sind daher für Entwicklungen gewappnet, die heute noch nicht abschätzbar sind – im Flüchtlingsbereich, beim Bundesteilhabegesetz, beim Unterhaltsvorschussgesetz oder beim Maßregelvollzug. Für all diese Bereiche, bei denen heute noch nicht absehbar ist, inwiefern sie unseren Haushalt in den nächsten Jahren belasten, treffen wir Vorsorge. Auch das ist kluge und nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf von den Grünen: Richtig!)

Im Zentrum unserer Politik steht immer die Frage, wie wir den Menschen in Baden-Württemberg ein besseres Leben ermöglichen können, jetzt und in Zukunft. Die Landkreise, Städte und Gemeinden sind das Herzstück unseres Landes. Nur mit starken Kommunen ist Baden-Württemberg ein starkes Land. „Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind“, hat einmal der frühere Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds gesagt. Deshalb reden wir nicht nur von starken Kommunen, sondern wir machen in unserem Land die Kommunen stark.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Pakt mit den Kommunen, der kommunale Sanierungsfonds – übrigens ein Novum in dieser Legislaturperiode – und das Paket zur Luftreinhaltung sind der beste Beweis dafür. Mit diesem Nachtragshaushalt erhalten die Landkreise, die Städ-

te und Gemeinden noch einmal mehr Mittel für die Kindergärten, für die Bildung und Betreuung, für die Digitalisierung der Schulen, für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, für die Krankenhäuser, für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, für die Unterbringung der Geflüchteten, für eine gelingende Integration und für die Stärkung der Umweltverwaltung.

Der Pakt mit den Kommunen umfasst insgesamt 1,6 Milliarden €, 1 Milliarde kommt vom Land. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich habe davon gesprochen, dass der kommunale Sanierungsfonds in dieser Legislaturperiode ein Novum ist. In der letzten Legislaturperiode gab es ihn nicht. Wir stellen Mittel in Höhe von 10 % der Tilgungsverpflichtung des Landes – Steuermehreinnahmen – der kommunalen Seite bereit. Da stocken wir noch mal um 173 Millionen € kräftig auf. Damit können Schulgebäude und Straßen in großem Stil modernisiert werden. Die Kommunen werden daher von Grün-Schwarz so stark unterstützt wie nie zuvor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit 105 Millionen € unterstützen wir die Kommunen zudem in ihrem Engagement für bessere Luft. Denn für uns in der Koalition, Kollege Reinhart, ist klar: Wir wollen weitere Fahrverbote vermeiden, soweit das rechtlich möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen verstärken wir unsere Anstrengungen für nachhaltige Mobilität kraftvoll.

Ich finde, wir haben einen guten Plan vorgelegt. Wenn ich höre, dass Bundesverkehrsminister Scheuer eine totale Videoüberwachung aller Autofahrer plant,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau! – Abg. Winfried Mack CDU: Die braucht man aber nur, wenn man Fahrverbote macht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Ohne Fahrverbote brauchen wir keine Videoüberwachung, Herr Kollege!)

muss ich sagen, dass wir maßvoll und gut vorgehen und die Bürgerinnen und Bürger unterstützen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ab dem Jahr 2020 übernimmt das Land den Bundesanteil an der Finanzierung des Förderprogramms für mehr Busse und Bahnen und moderne Straßen im kommunalen Straßenbau. Aber nicht nur das: Wir stocken das Programm gemeinsam mit den Kommunen um 155 Millionen € kräftig auf. In der Summe werden dann mehr als 320 Millionen € zur Verfügung stehen, um die Straßeninfrastruktur auszubauen, mehr Busse und Bahnen in den Kommunen fahren zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich muss an dieser Stelle sagen: Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land profitieren unmittelbar von diesen Investiti-

(Andreas Schwarz)

onen in den Städten und in den ländlichen Räumen, damit Kinder besser betreut werden, damit Schulen noch besser ausgestattet und modernisiert werden, damit Integration und Inklusion ausgebaut werden, damit der Bus- und Bahnverkehr kostengünstiger wird und damit unsere Krankenhäuser eine gute Ausstattung erhalten. Ich denke, man kann es gut auf den Punkt bringen: Grün-Schwarz sorgt für starke Kommunen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Stoch SPD: Das sehen die aber anders!)

Darüber hinaus justieren wir mit diesem Nachtragshaushalt maßvoll nach. Dort, wo es einen dringenden Bedarf gibt, handeln wir rasch, um Zukunftschancen zu sichern. Wir schaffen zusätzliche Studienplätze für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Wir investieren in Medizinstudienplätze, damit wir mehr Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg haben. Wir investieren in Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der künstlichen Intelligenz. Damit kommen wir noch schneller auf unserem Weg voran, den wir mit dem Cyber Valley beschritten haben. Wer will, dass Baden-Württemberg in dieser Hochtechnologie vorn mitspielt, muss jetzt investieren, und genau das machen wir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg hat sich mit der Digitalisierungsstrategie und dem Cyber Valley schon sehr gut aufgestellt. Unsere Kofinanzierung mit 100 Millionen € steht bereit. Jetzt muss die Bundesregierung liefern und Baden-Württemberg bei der künstlichen Intelligenz und beim Bewerbungsverfahren um die „Forschungsfabrik Batterie“ unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Mit diesem Nachtragshaushalt erhöhen wir unser Engagement bei den zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Wir werden die Kommunen in der Flächen- und der Wohnungsbaupolitik künftig noch aktiver unterstützen. Dadurch werden wir mehr bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg schaffen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Im Kampf gegen den Wohnungsmangel und im Kampf gegen steigende Mieten werden wir mit dem Fonds „Wohnraumoffensive Baden-Württemberg“ in Zukunft ein weiteres Instrument haben.

(Zurufe der Abg. Daniel Born SPD und Anton Baron AfD)

Denn wir wissen: Im unteren und im mittleren Segment wird zu wenig gebaut, im unteren und im mittleren Segment versagt der Markt. Mit unserem Fonds „Wohnraumoffensive Baden-Württemberg“ wollen wir daher gezielt zu mehr bezahlbarem Wohnraum beitragen.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Daniel Born SPD und Anton Baron AfD)

Im Radwegebau sehen wir noch Investitionsbedarf über das hinaus, was wir schon verankert haben. Gerade in Zeiten, in

denen Luftreinhaltung und Klimaschutz im Mittelpunkt stehen, ist jeder Euro für den Radwegebau gut und sinnvoll angelegt.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Gleiches gilt für die Erneuerung des Fuhrparks bei der Polizei – mit über 2,4 Millionen € eine Investition in die innere Sicherheit und die Luftreinhaltung.

(Beifall der Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Hermann Katzenstein GRÜNE)

Auch für die Vergütung der Überstunden bei der Polizei stellen wir zusätzlich 5 Millionen € zur Verfügung. Das unterstreicht unsere Wertschätzung gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich denke, man kann es gut zusammenfassen: Mit diesem Haushalt machen wir Politik, die Baden-Württemberg jeden Tag ein bisschen besser macht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Reinhold Gall SPD: Wunderbar!)

Aber, Herr Kollege Stoch, allein mit Jammern werden keine Vorratskammern gefüllt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, nein! Wir jammern über Ihre Rhetorik, Herr Kollege! – Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir spüren es wirklich, dass es immer besser wird!)

Was hört man denn von der Opposition zum Nachtrag?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kommt noch!)

Wenig Alternativen, nichts Neues.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir waren doch noch gar nicht dran! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Abg. Schwarz. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe. – Vielen Dank.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat doch eine Frage gestellt!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Von der Opposition hört man wenig Alternativen, nichts Neues.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann müssen Sie nachher zuhören! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich habe mir von Ihrer gemeinsamen Pressekonferenz berichten lassen: Noch mehr Schulden sollen getilgt werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

Gleichzeitig wollen Sie noch mehr Geld ausgeben.

(Abg. Anton Baron AfD: Warten Sie doch mal ab!)

(Andreas Schwarz)

Und wenn es nach der FDP/DVP und der AfD geht, soll auch noch der Grunderwerbsteuersatz auf den niedrigsten Wert, den es im Bundesländervergleich gibt, gesenkt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Das ist nicht finanzierbar, und Sie haben auch keinen gangbaren, finanzierbaren Weg aufgezeigt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Erzählen Sie doch keine Märchen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt sind wir wieder bei der Märchenstunde!)

An die Adresse der SPD: So, wie wir uns in der letzten Legislaturperiode, als wir gemeinsam regiert haben, minutiös an die Landshaushaltsordnung gehalten haben,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Erinnern Sie sich daran tatsächlich?)

so machen wir es auch in dieser Legislaturperiode. Ihre Vorwürfe stammen aus dem Reich der Märchen und Legenden

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt doch nicht!)

und sind durch nichts belegt, Herr Kollege Stoch.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie können den Rechnungshofbericht lesen! Lesen Sie einmal nach!)

Ich stelle also fest: Abgesehen von der Forderung nach einer Steuersenkung mitten im größten Boom unserer Wirtschaft bestätigt die Opposition unseren Kurs. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann wollen Sie denn Steuern senken? – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Gar nicht!)

Die Opposition hat keine besseren Alternativen. Sie wollen halt überall noch mal eine Schippe obendrauf legen.

(Abg. Anton Baron AfD: Quatsch!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr ausgeben, weniger einnehmen, das hatten wir über Jahrzehnte in Baden-Württemberg. Deshalb haben wir heute 46 Milliarden € Schulden, und wir Grünen haben damit Schluss gemacht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Wir Grünen“!)

Jetzt tickt die Schuldenuhr rückwärts – keine strukturellen Ausgaben auf Pump, keine Steuersenkungen auf Pump. Das ist eine nachhaltige Finanzpolitik,

(Abg. Anton Baron AfD: Stellen aufgebaut ohne Ende!)

und die setzen wir mit diesem Nachtragshaushalt um, damit Baden-Württemberg eine gute Zukunft hat.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU fährt das Redepult nach unten. – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lass doch das Pult oben! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist aber böse! – Zurufe der Abg. Daniel Born SPD und Anton Baron AfD)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Was sagt er? – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir legen als Koalition einen Nachtragsentwurf vor, mit dem unser starkes Land noch stärker in die Zukunft geht. Wir tilgen mehr, wir sanieren mehr, und wir investieren mehr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir sorgen kraftvoll vor für künftige Haushaltsrisiken, und wir setzen gezielt strategische Schwerpunkte bei der Innovationskraft und bei Zukunftstechnologien. Und wir verbessern ganz konkret das Leben der Menschen im Land durch mehr innere Sicherheit, durch mehr Qualität in den Kindergärten und Schulen und durch eine moderne Infrastruktur. In einem Satz: Unsere Politik macht Baden-Württemberg fit für das nächste Jahrzehnt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dazu nutzen wir die guten Steuereinnahmen, und zwar in voller Verantwortung für Land und Leute. Wir gestalten das Land zukunftsfähig,

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Wie viele Stellen haben Sie aufgebaut?)

sicher, lebenswert und generationengerecht. Das ist unsere Richtschnur. Dafür stehen auch wir seitens der CDU-Fraktion.

Wir sorgen vor allem für gesunde Landesfinanzen; denn – die Finanzministerin hat es bereits angesprochen – mit diesem Nachtrag leisten wir alles in allem eine Tilgung von sage und schreibe gut 6 Milliarden € an expliziten und impliziten Schulden. Das ist einmalig in der Geschichte dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das ist ein einmaliger Konsolidierungserfolg. Wir stellen die Finanzen und Bilanzen des Landes damit gut auf für die Zukunft und machen das Land damit nicht nur wetterfest, sondern auch sturmsicher und winterfest. Ich will hinzufügen: 1,25 Milliarden € wollen wir gemeinsam für die direkte Altschuldentilgung zur Verfügung stellen; Kollege Schwarz hat es angesprochen. So haben wir es besprochen. Das ist wirklich – das muss man sehen – eine historische Trendwende, auf die wir schon immer gedrängt haben. Jetzt können wir es uns leisten. Baden-Württemberg steigt herunter vom Schuldenberg, und das mit einem großen, weiteren, beherzten Schritt.

Außerdem investieren wir über 2 Milliarden € in unser eigenes Landesvermögen, in Straßen, Behörden- und Gerichtsgebäude, Hochschulbauten. Wir wollen zur Sanierung der Unikliniken sogar von 400 auf 500 Millionen € gehen. Das heißt: Das ist eine echte Fitnesskur für die Infrastruktur in unserem

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Land. Das wird vor allem dabei helfen, die eigene Substanz des Landes zu erhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Als gute schwäbische und natürlich auch badische Haushälter sorgen wir aber auch vor. Wir zeigen Verantwortung. Denn niemand garantiert uns, dass die Steuereinnahmen weiterhin so wachsen, wie sie in den letzten zehn Jahren gewachsen sind. Der Aufschwung verliert an Kraft. In den Konjunkturprognosen regiert bereits die Vorsicht. Der Sachverständigenrat hat kürzlich in Berlin seine Prognose vorgestellt und hat seine Wachstumsprognose auf 1,5 % reduziert. Eine der längsten Aufschwungsphasen geht damit zu Ende. Angesichts der sich eintrübenden Konjunktur gilt es deshalb, den Standort sicher zu machen. Die Party geht allmählich zu Ende, und deshalb ist es wichtig, klug für die Zukunft vorzusorgen.

Hinzu kommt – das wurde zu Recht gesagt –: Wir haben ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse zu beachten – zuverlässig und vor allem dauerhaft –, und damit verschärfen sich auch die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen für uns erheblich. Wir sind also gut beraten, den Ertrag der fetten Jahre nicht einfach nur zu vervespern, sondern wir müssen uns jetzt rüsten für die Risiken, die absehbar auf uns zukommen. Diese Risiken gibt es. Das sehen Sie, wenn Sie sich die gestrigen Wirtschaftsberichte für Europa ansehen: Stichworte sind „harter Brexit“, „italienischer Haushalt“, Welthandel usw. Das heißt, wir haben politische Risiken in der zukünftigen Konjunkturbetrachtung.

Daher sind wir gut beraten, vorsichtig zu sein. Wir müssen uns jetzt für die Risiken rüsten, die auf uns zukommen. Deshalb ist der Haushalt noch einmal verbessert worden, sozusagen durch ein Upgrade im Nachtrag. Das ist ein Dokument für Maß, Mitte und Weitsicht.

Ein Punkt ist mir dabei besonders wichtig: Wir rücken das Land mit dem Nachtragshaushalt noch einmal enger – das wurde bereits betont – an die Seite der Kommunen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir sind stolz darauf, dass unsere Kommunen auch im Bundesvergleich so gut dastehen – im Grunde genommen am besten unter allen Ländern.

Die Pro-Kopf-Verschuldung wurde von der Finanzministerin angesprochen. Gut 550 Millionen € stellen wir jetzt – oder neuerdings fast 600 Millionen € – für den kommunalen Sanierungsfonds bereit, also eine riesige Summe. Das ist gutes Geld, das direkt vor Ort ankommt und mit dem im ganzen Land Schulen, Straßen, Brücken „auf Stand“ gebracht werden. Das gilt vor allem für den Schulhausbau; wir haben es gehört.

Auch beim ÖPNV oder bei den Flüchtlingskosten legen wir zugunsten der kommunalen Familie noch einmal kräftig nach. Das zeigt: Wir lassen unsere Kommunen mit ihren wichtigen Aufgaben nicht allein, sondern wir sind auch weiterhin ein starker und vor allem fairer Partner für die Kreise und Gemeinden in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Sehr richtig!)

Ebenfalls gemeinsam mit den Städten und Gemeinden setzen wir entschieden auf mehr Qualität in Bildung und Betreuung. Das ist auch ein klarer und massiver Schwerpunkt dieses Haushalts, auf den wir großen Wert gelegt haben.

Die Digitalisierung wurde angesprochen. Allein für die Schulen gibt es 100 Millionen € originäre Landesmittel. Zudem stärken wir die Bildung mit 200 zusätzlichen Studienplätzen für Lehrer. Auch der Pakt für Bildung und Betreuung ist ein landespolitischer Meilenstein, für den 80 Millionen € jährlich zusätzlich vorgesehen sind. Wir sorgen damit wirklich für gezielte Förderung und gute Startchancen für die Kinder.

Kinder sind unsere Zukunft. Daher haben wir auch für die Kindergärten, also für die Drei- bis Sechsjährigen – so sage ich jetzt einmal –, eine erhebliche Verbesserung. Die Zahlen wurden genannt. Die 529 Millionen €, die bisher seit 2013 gedeckelt waren, werden jetzt auf 1 Milliarde € erhöht und damit im Grunde genommen verdoppelt. Das ist einmalig. Wir erhöhen mit dieser Verdopplung vor allem ab dem nächsten Jahr nicht nur die Kindergartenförderung, sondern wir investieren auch erheblicher in die frühkindliche Bildung.

Noch dynamischer ist es bei der erwähnten Kleinkindbetreuung. Wenn wir einmal die letzten zehn Jahre nehmen – allein in den letzten zwei Jahren, seit 2016, haben wir über eine Viertelmilliarde obendrauf gepackt, sodass wir bei etwa 1 Milliarde € bei den Kindern bis zu drei Jahren ankommen. Das ist übrigens eine Verzehnfachung gegenüber 2009; da waren es 100 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist enorm. Deshalb will ich schon sagen: Das ist ein weiteres starkes Bekenntnis zum „Kinderland“ Baden-Württemberg, das wir vor Jahren einmal ins Leben gerufen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch für die innere Sicherheit, für die wirkungsvolle Arbeit von Polizei und Justiz – Die über 135 Richterstellen wurden angesprochen, aber auch die Polizei. Bei der Polizei geht es immer um drei Bereiche: Personal, Ausstattung und natürlich auch Gesetze. In allen drei Bereichen ist hier enorm viel geleistet worden, und das kommt auch im Etat zum Ausdruck. Wir stehen zu unserer Polizei. Auch die Überstundenvergütung ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung. Weitere Millionenbeträge für die Ausrüstung und die neuen Polizeifahrzeuge sind angesprochen worden. Deshalb: Wir schätzen die Arbeit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir machen damit auch den Rechtsstaat stark, wir machen ihn handlungsfähig.

Nicht zuletzt investieren wir mit diesem Nachtrag strategisch in zentrale Zukunftsfelder. Wir hatten hier die Debatte über die künstliche Intelligenz. Eine dreistellige Millionensumme ist für die Mobilität der Zukunft, für die Digitalisierung – auch für die Digitalisierung im Mittelstand – vorbereitet. Noch einmal: insgesamt ein dreistelliger Millionenbetrag. Dazu kommen allein die rund 15 Millionen €, die jetzt für das DLR-Institut für Quantentechnologie in Ulm anstehen. Das ist eine Kofinanzierung zu den Bundesmitteln. Wenn wir jetzt kofi-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

nanzieren, werden wir später 90 % vom Bund bekommen, so dass das Land dann nur 10 % zum Betrieb beiträgt. Das gilt genauso für die Batterieforschung etc. Ich finde, es waren wichtige und gute Vorschläge, die die Regierung hier vorgelegt hat. Kofinanzierungsmittel sollte man, wenn sie möglich sind, auch abrufen können, denn das stärkt den Standort und hilft damit dem ganzen Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir müssen auch schauen, dass im Autoland, im Hightechland die Musik weiter spielt. Hier liegen unsere Chancen, hier müssen wir vorn sein. Wir machen Tempo, denn hier liegen die innovationspolitischen Herausforderungen.

Deshalb, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist dies ein Haushalt mit Solidität und Stabilität. Ein früherer Ministerpräsident hat einmal gesagt, Haushalte würden in guten Zeiten ruiniert. Das machen wir gerade nicht. Wir legen Geld zurück, auch in Haushaltsrücklagen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wahlgeschenke!)

Die größte Sanierungsoffensive des Landes im Umfang von 2,5 Milliarden € wurde angesprochen. Kreditermächtigungen im Umfang von 1,5 Milliarden € werden jetzt voll abgelöst. Es ist ein Haushalt ohne neue Schulden.

Im Bundestag wird heute ebenfalls debattiert. Auch dort macht man keine neuen Schulden, aber es werden keine Altschulden getilgt. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu dem, was wir hier in Baden-Württemberg tun.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Insoweit bin ich überzeugt: Auch die Verdopplung der Versorgungsrücklage von 4 auf 8 Milliarden € bis 2020 ist eine enorme Leistung; das muss man sehen. Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, schreiben wir mit diesem Nachtrag die hervorragende Bilanz unserer Arbeit fort.

Wir setzen neue und starke Akzente, damit unser Land europaweit Spitze bleibt bei Innovation, Wohlstand, Lebensqualität. Das ist unser Ziel; dafür arbeiten wir mit ganzem Herzen für unser Land.

Dazu gehört natürlich auch, dass – das will ich sagen – selbst Klassenfahrten für Schüler auch im kommenden Jahr weiterhin voll finanziert werden können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der CDU: Bravo! Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort für die Fraktion der AfD hat Herr Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo ist der Fraktionsvorsitzende?)

6 Milliarden € Schuldentilgung: Zunächst einmal halten wir fest, dass die Landesregierung in diesem Jahr, im Jahr 2018,

250 Millionen € Schulden tilgen wird. Woher die 6 Milliarden € kommen – – Hätte die Frau Finanzministerin ihre Redezeit noch länger ausgedehnt, wären es zum Schluss wahrscheinlich 9 Milliarden € oder noch mehr geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ordnen wir das Ganze einmal im Vergleich ein. Im Jahr 2016 hat die Vorgängerregierung Kretschmann I das Volumen des Staatshaushalts 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 % erhöht. Ein Jahr später, Regierungswechsel – die Grünen konnten ihre volle finanzpolitische Kompetenz einbringen,

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

und eine demoralisierte CDU hat sie gewähren lassen –, wurde das Volumen des Haushalts 2017 um satte 8,2 % erhöht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wow! Hört, hört!)

Der Nachtragshaushalt des Landes Baden-Württemberg für 2018 soll nun 53,4 Milliarden € umfassen, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um wahnwitzige 11,6 % entspricht – und dies nicht etwa, weil der Haushalt, wie hier suggeriert wird, hohe Milliardenbeträge an Kreditmarktschuldentilgung oder hohe Beträge für Investitionen enthielte. Nein, die Investitionsquote liegt 2018 niedriger als in vielen vorangegangenen Jahren. Die Kreditmarktschuldentilgung beläuft sich, bezogen auf das Gesamtvolumen, auf 0,4 %. Wir steigern die Haushaltsausgaben also noch einmal um wahnwitzige über 11 %.

Es wurde hier schon thematisiert: Man kann gar nicht sagen, Sie wüssten nicht, dass die Prognosen von einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung in Deutschland um 1,8 % ausgehen. Nein, das wissen Sie. Aber Sie steigern die Ausgaben im Haushalt um das Sechsfache der Erhöhung der Wirtschaftsleistung – um das Sechsfache! Welche Strategie steckt dahinter? Mir würde dazu nur einfallen: „Nach mir die Sintflut.“

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie schwimmen nicht nur im Steuergeld, Sie ertrinken auch nicht im Steuergeld; zwischenzeitlich sind Sie dazu übergegangen, das Steuergeld der Bürger für zweckfreie, ideologische grüne Projekte zu verbrennen.

(Beifall bei der AfD)

Und noch schlimmer: Sie verbrennen die Zukunft der nächsten Generation gleich mit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mit dem vorgelegten Nachtragshaushalt schaffen Sie sich zusätzliche 625 Stellen für Beamte und Angestellte – als Nachschlag wohlgemerkt, ohne die sowieso schon genehmigten 1 344 neuen Stellen, ohne die gestrichenen Stellen, die Verpflichtung zur Einsparung von 1 480 Beamten. Alles zusammengezählt, schafft dieser so zukunfts feste Nachtragshaushalt also rund 3 500 Stellen für Beamte zusätzlich. Und das sind nicht die Polizisten. Im Bereich des Innenministeriums liegt der Aufbau nämlich unter 100 Personen. Es handelt sich um 3 500 Stellen, die dem Bürger zusätzliche Verpflichtungen in

(Dr. Rainer Podeswa)

Höhe von rund 10 Milliarden € auflasten. Das nenne ich einmal zukunftssicher!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ist das Ihr Ernst?

Das grüne Umweltministerium kann den Hals nicht vollbekommen. Im genehmigten Haushalt stehen offiziell zusätzliche 230 Stellen nur in diesem Jahr. Erschlichen: 26 weitere Stellen für das Umweltministerium, versteckt hinter dem Prostituiertenschutzgesetz.

(Abg. Carola Wolle AfD: Hört, hört!)

Das stand alles schon in den Zeitungen; dort wurde das thematisiert. Da kommen jetzt noch einmal 13 Stellen hinzu – nachhaltig.

Das Staatsministerium von Herrn Ministerpräsident Kretschmann geht da mit bestem Beispiel voran und braucht „nur“ einen Nachschlag über den schon genehmigten Personalaufbau hinaus von drei weiteren Beamten – aber noch in diesem Jahr. Wenn wir den Nachtragshaushalt am 12. Dezember verabschiedet haben werden, haben wir in diesem Jahr noch ganze sieben Arbeitstage. In sieben Arbeitstagen will das Staatsministerium also noch drei Stellen besetzen. Ich gehe einmal davon aus, dass hier gute Parteikollegen noch ein Versorgungspöstchen brauchten.

(Beifall bei der AfD)

Wenn ich mir das alles anschau, frage ich: Wo bleibt die Digitalisierung im Land Baden-Württemberg? Wieso stellen Sie jedes Jahr neue Beamte ein, wo Sie doch von einer Digitalisierung der Landesverwaltung reden?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wo bleiben die Stelleneinsparungen? Es muss doch da, wie überall sonst auch, einen Produktivitätseffekt geben.

Der vorliegende Nachtragshaushalt der Regierung ist in seiner Gänze in Zahlen gegossene Verantwortungslosigkeit gegenüber den Bürgern in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenden wir uns daher nicht dem Haushalt in Gänze, sondern einigen – sie wurden teilweise auch schon vorher angesprochen; das finde ich gut – besonders schönen Einzeletats zu.

(Der Redner blättert in seinem Redemanuskript. – Zurufe: Ui! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Fangen Sie einfach noch mal an! – Vereinzelt Heiterkeit)

Werfen wir also einen Blick auf das „Verkehrsbehinderungsministerium“.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie haben in den Etat des Verkehrsministeriums im letzten Jahr 150 Millionen € für den Erhalt von Landesstraßen eingestellt. 150 Millionen € für weit über 10 000 km Landesstra-

ßen, das ist ein vergleichsweise viel zu geringer Betrag. 150 Millionen €!

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Der Landesrechnungshof Baden-Württemberg hat in seiner Denkschrift 2018 im Beitrag Nummer 4 – Schuldenbremse – unter Punkt 3.3.2.1 belegt, dass Sie 55 Millionen € von diesem ohnehin schon zu geringen Betrag zweckentfremdet und gar nicht für den Erhalt von Landesstraßen ausgegeben haben. Über ein Drittel der ohnehin zu geringen Mittel wurde zweckentfremdet.

Aber das lässt sich natürlich noch steigern. Der Landesrechnungshof gibt dann an, dass er in Teilen nicht prüfen konnte, wie 70 Millionen € von den verbleibenden 95 Millionen € für Landesstraßen im Detail verwendet wurden. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin wörtlich aus der Denkschrift.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Erlaubnis, Herr Abg. Dr. Podeswa, ist zum Zitieren nicht nötig.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ich darf die Denkschrift des Rechnungshofs nicht zitieren?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie brauchen meine Erlaubnis dafür nicht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie würden sie erteilen, oder?)

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Das ist nett von Ihnen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Endlich macht einmal jemand darauf aufmerksam!)

Ich zitiere:

Das Verkehrsministerium teilte mit, aufgrund der bereitgestellten Sanierungsmittel 2017 seien zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen mit Gesamtbaukosten von 58,4 Millionen € initiiert worden. Für diese Maßnahmen seien 2017 allerdings nur 39,1 Millionen € abgeflossen.

Sie stellen einen offensichtlich völlig unzureichenden Betrag für die Erhaltung von Landesstraßen ein und geben davon dann nur einen kleinen Bruchteil aus.

Im Nachtragshaushalt finden wir natürlich eine Steigerung, aber wir finden nicht etwa eine Steigerung für den Erhalt und den Ausbau dringend benötigter zusätzlicher Landesstraßen, nein, wir finden 5 Millionen € für

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Fahrradwege!)

– richtig, oh Wunder! – Fahrradwege. Die Worte Bürgerfreundlichkeit und Nachhaltigkeit kennen grüne Ministerien offensichtlich nicht, wenn es um den Erhalt der Infrastruktur geht. Bürgerfreundlichkeit und Nachhaltigkeit kann man von grünen Ministern nur beim Erhalt der Borkenkäferpopulation im Schwarzwald erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das macht Baden-Württemberg in der Einschätzung von Grünen und CDU dann zukunftsfest.

(Dr. Rainer Podeswa)

Für die Jahre 2018 und 2019 plant das „Verkehrsbehinderungsministerium“ natürlich auch überwiegend den Aufbau von öffentlichem Personennahverkehr, von Expressbussen in Stuttgart, die niemand annimmt, und von Luftreinhaltemaßnahmen. Es plant nicht das, was dem Bürger wirklich wichtig wäre: ein Verkehrskonzept, das auch wirklich für die Verflüssigung des Verkehrs sorgt. Das glatte Gegenteil ist der Fall. Die Grünen halten hier in jedem Fall immer genau das Gegenteil von dem, was die CDU verspricht.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich darf als sicher annehmen, dass Sie das grüne Verkehrskollapskonzept im Finanzausschuss schamlos durchwinken werden, und stelle dazu fest: Die CDU-Abgeordneten lassen sich bei jedem ihrer Wahlversprechen von ihrem grünen Koalitionspartner bei vollem Bewusstsein politisch kastrieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Wissen Sie, meine Herren Abgeordneten von der CDU, bei den Ferkeln habe ich da volles Mitgefühl. Das muss endlich abgestellt werden. Ich bin gespannt, wann Sie Ihre politische Kastration abstellen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:
So ein niveauloses Geschwätz!)

Dieses vorliegende Machwerk strotzt nur so von grünen Blüten. Gelder für eine Holzbauoffensive – bravo! Liebe Bürger, richten Sie sich darauf ein, in Zukunft, ab 2020 – das wurde ja mehrfach zitiert –, nur noch Blockhäuser aus Holz bauen zu dürfen,

(Abg. Tobias Wald CDU: So ein Schwachsinn!)

aber auch nur dann, wenn Sie in Ihrem Blockhaus genügend überdachte Fahrradstellplätze vorhalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Staatssekretärin Bärbl Mielich: So ein unqualifizierter Blödsinn!)

Die Redezeit ist mir an dieser Stelle viel zu schade für die unzähligen vergleichbaren Fantasieprojekte.

Gibt es denn gar nichts Positives zu berichten? – Doch. Es gibt selbstverständlich auch in diesem Nachtragshaushalt eine ganze Reihe positiver Ansätze. Aber es gibt auch eine ganze Reihe von Ansätzen, die Sie nur positiv darstellen. Ein gutes Beispiel –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Podeswa, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.

(Abg. Georg Nelius SPD: Das ist auch gut so! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schade! – Weiterer Zurufe, u. a.: Da haben wir aber Glück gehabt!)

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Es gelten gestaffelte Redezeiten.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie hatten zwölf Minuten. Was da auf dem Display steht, ist richtig.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Rechnen Sie mit vielen Änderungsanträgen zu diesem Machwerk.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat das Wort Herr Abg. Stoch für die SPD. – Bitte.

(Abg. Tobias Wald CDU: Der neue Parteivorsitzende!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Lieber Parteivorsitzender!)

Wenn wir heute über den von der Landesregierung vorgelegten Nachtragshaushalt debattieren, dann müssen wir sicherlich eines vorwegschicken und feststellen: Diesem Land und den Menschen in diesem Land geht es sehr gut.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Manchen Menschen!)

Dass es den Menschen in diesem Land gut geht, liegt zuallererst an den Menschen selbst, die jeden Tag für diesen Erfolg des Landes hart arbeiten.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das hat auch niemand bestritten!)

Aus dieser Leistung der Menschen in diesem Land ergibt sich erfreulicherweise für die öffentlichen Kassen eine gute Einnahmesituation. Aber diese Landesregierung weiß schlicht und einfach – das hat sich auch aus den Ausführungen am heutigen Tag ergeben – nicht so richtig, wohin mit ihrem Geld. Das klingt wie ein Luxusproblem. In der Tat kann man sich ja weit schlechtere Ausgangslagen vorstellen. Was immer diese Regierung anpacken wollte, sie hätte exzellente finanzielle Möglichkeiten dazu.

Da sind wir jedoch schon beim Aber. Denn bei allem, was wir von dieser Regierung gehört haben, fehlt uns eben das Anpacken, und zwar erst recht das Anpacken in den Dimensionen, die nicht nur möglich, sondern auch nötig und in manchen Fällen auch dringend nötig wären.

Wir haben heute von der Regierung gehört: Das Land steht finanziell glänzend da, und man kann sogar Schulden tilgen. Wir können uns ganz leicht darauf einigen: Das stimmt.

Wir sollten uns auch darauf einigen können, dass das jedoch mit der Leistung dieser Landesregierung nichts zu tun hat. Das Geld wurde nicht herbeiregiert, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes erwirtschaftet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist eine Binsenweisheit!)

Wenn die Regierung Schulden tilgt, Herr Kollege Schwarz, dann ist das ebenfalls keine Regierungsleistung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Schauen Sie mal nach Berlin!)

(Andreas Stoch)

Sie können doch gar nicht anders. Sie kommen schlicht und einfach nicht an den gesetzlichen Vorgaben vorbei, denn in der Landeshaushaltsordnung ist eindeutig geregelt, wie bei welcher Haushaltslage und Einnahmesituation das Thema Tilgung anzugehen ist. Es wundert mich dann schon, wie das hier als Heldentat verkauft wird. Wenn Sie das privat auch so machen, dann habe ich eine schlechte Nachricht für Sie: Nur weil Sie einen Kredit abbezahlen, bekommen Sie noch lange kein Bundesverdienstkreuz dafür verliehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Für einen reinen Kassensturz und das Einhalten gesetzlicher Bestimmungen brauchen wir keine Regierung. Das schafft das Finanzministerium, denke ich, prima allein, und zwar bereits auf der mittleren Dienstebene.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Dass diese Regierung so viel Geld zur Verfügung hat, ist eben eine Leistung der Menschen in diesem Land.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Eine Binsenweis-
heit!)

Es wäre die Aufgabe der Regierung in diesem Land, dafür auch etwas Besonderes für die Menschen in diesem Land zu leisten. Denn wenn die Regierung wirklich nicht weiß, wohin mit ihrem Geld, dann ist das eben kein Luxusproblem mehr. Nur dafür, sich für die gute Lage dieses Landes auf die eigene Schulter zu klopfen, Frau Finanzministerin, brauchen wir auch keine Landesregierung. Dann stellen Sie doch einfach einen Großbildschirm hin und lassen einen Imagefilm in Endlosschleife laufen, und ab und zu schieben Sie den Bildschirm zu den Menschen hinaus ins Land –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber dann brauchen wir
auch keine Opposition!)

in dieser Regierung wird das ja auch gern als „Pampa“ bezeichnet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Wer
im Glashaus sitzt, Herr Kollege, sollte aufpassen! –
Abg. Thomas Blenke CDU: „Schwarzwaldtäler“! –
Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wer da draußen nicht nur ein Werbefilmchen ausstrahlt, sondern zuhört, dem fallen schon ein paar Probleme ein, der weiß, wohin mit dem Geld. Lassen Sie mich deshalb mit dem Thema Kommunen beginnen.

Die Kommunen in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben von dieser Landesregierung von Anbeginn an nicht die Unterstützung bekommen, die sie dringend brauchen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Meine Güte! 1,6
Milliarden €! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler
GRÜNE)

Jetzt kommen wir einmal zum Grund, warum wir heute, im November 2018, hier einen Nachtragshaushalt diskutieren. Erstmals wurde in der Geschichte des Landes ein Haushalt,

nämlich der Doppelhaushalt 2018/2019, ohne eine Einigung in der Gemeinsamen Finanzkommission von Land und kommunalen Landesverbänden eingebracht. Obwohl die von den Kommunen zu stemmenden Aufgaben und Ausgaben bekannt waren, haben Sie mehr als ein Dreivierteljahr gebraucht und die Kommunen an der goldenen Leine zappeln lassen. Die Kommunen waren ohne Planungssicherheit und mussten ihre Aufgaben schultern, ohne dass das Land sie unterstützt hätte. Was hat die Regierung erreicht? Stillstand und einen großen Vertrauensverlust bei Städten und Gemeinden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stephen Brauer
FDP/DVP)

Diese ohne Grund verzögerte Einigung ist der Hauptgrund für diesen Nachtrag. Das wissen alle Verantwortlichen draußen im Land. Sprechen Sie doch mal mit den kommunal verantwortlichen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern, egal, welches Parteibuch sie haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir haben einen
Vertrag mit ihnen unterzeichnet!)

Da können Sie noch so sehr den Schuldenabbau ins Schaulaufen stellen: Im Land kann man sehr gut nachrechnen, dass Sie den Kommunen ab 2017 strukturell 250 Millionen € im Jahr wegnehmen, und das bei steigenden Aufgaben und steigenden Ausgaben der Kommunen. Sie lassen die Kommunen mit ihren Aufgaben im Stich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei den Grünen
und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Re-
den Sie mal mit den Bürgermeistern! – Zuruf der
Abg. Nicole Razavi CDU)

Wenn Sie mit den Kommunen sprechen, wenn Sie über die Probleme dort sprechen, wenn Sie über frühkindliche Bildung, über Schulbau, auch über das Thema der gelingenden Integration sprechen, dann wissen Sie, dass die Kommunen zwar mit 23 % an den Einnahmen profitieren,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

aber bei den Ausgaben eine ganz erhebliche Steigerung haben. Wenn Sie in den Kommunen im Land oder in der „Pampa“ – wie von der Landesregierung genannt – wirklich eine Verbesserung der Lebensverhältnisse wollen, wenn Sie eine bessere Mobilität für alle Menschen im Land und nicht nur in Stuttgart wollen, dann müssen Sie mehr Geld in die Hand nehmen, um die Kommunen in diesem Land besser zu unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie nicht wissen, wohin mit dem Geld, dann kann ich Ihnen ein kleines Beispiel bringen. Haben Sie auch die Brandbriefe der Kommunen oder auch der Schwimmverbände und der DLRG bekommen, in denen es um die Frage des Schwimmbadsterbens in einem reichen Land wie Baden-Württemberg geht?

Es kann doch wohl nicht sein, dass dieses Land im Geld schwimmt und seine Bürgerinnen und Bürger auf dem Tro-

(Andreas Stoch)

cken sitzen. Es geht hier nicht nur um Badespaß oder „nice to have“. Wenn die Kinder nicht mehr schwimmen können, kann das schlicht lebensgefährlich sein. Hier hätte die Landesregierung die Möglichkeit, zu zeigen, dass sie die Probleme im Land versteht. Investieren Sie in die Sicherheit und in die Qualität von Bildung!

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Tut sie doch!)

Machen Sie endlich Schluss mit Ihrer Politik gegen die Kommunen!

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wiederhole es gern. Die vollen, ja, die übervollen Kassen dieser Regierung sind kein Selbstzweck. Letztlich haben Ihnen die Menschen in diesem Land dieses Geld gegeben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Dem widerspricht doch niemand!)

Es wäre doch nur fair, wenn diese Menschen dafür auch etwas zurückbekämen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Bekommen sie doch auch!
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wer denn sonst?)

Das kann eine Entlastung durch Schuldenabbau sein. Das Land zahlt jedes Jahr für die bestehenden Schulden 1,6 Milliarden € an Zinsen. Wenn Sie gemäß der Tilgungsverpflichtung, die aus dem Schuldenkontrollkonto resultiert, allein für das Jahr 2017 diese gesetzlichen Regelungen einhielten, müssten Sie mindestens 320 Millionen € tilgen. Aber das Tilgen ist kein Selbstzweck. Sie sparen nämlich durch diese Tilgung jährlich allein 10 Millionen € an Zinszahlungen. Allein diese Ersparnis würde bedeuten, dass das Land ohne Mehrkosten die unwürdige Sommerarbeitslosigkeit von Lehrerinnen und Lehrern beenden könnte und Lehrkräfte über die Sommerferien nicht arbeitslos würden. Das kann helfen, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Machen Sie endlich Politik, die bei den Menschen ankommt und nicht nur bei Ihrer Klientel, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ein so wichtiges Thema wie die frühkindliche Bildung war bis 2011 in diesem Land Baden-Württemberg ein Stiefkind. Ich glaube, manche haben es immer noch nicht begriffen, dass es wirklich auf den Anfang ankommt und dass frühkindliche Einrichtungen Bildungseinrichtungen sind.

Wir haben in der letzten Legislatur den Pakt für Familien beschlossen und haben die Kitaförderung deutlich ausgebaut. Die Kommunen konnten Plätze schaffen und in Qualität investieren. Aber wir sind jetzt in einer Situation – auch was die Haushaltslage angeht –, dass diese Regierung auch zeigen kann, dass sie begriffen hat, dass die Kosten für den Besuch einer Bildungseinrichtung, nämlich der Kita, für viele Familien ein Problem darstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Kassenlage dieser Regierung ist es möglich, wenn man das politisch will, in die Gebührenfreiheit von frühkindlicher Bildung einzusteigen.

Machen Sie Schluss mit den Gebühren im frühkindlichen Bereich! 200 bis 800 € im Monat sind für Familien eine schwere Belastung. Wenn Sie Ihren Sonntagsreden über die Entlastung von Familien gerecht werden wollen, dann steigen Sie jetzt endlich in die Gebührenfreiheit im Kitabereich ein. Das wäre ein wirklicher Beitrag für Bildungsgerechtigkeit, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Finanzielle Hürden gibt es aufgrund der Kassenlage im Land eben nicht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wie sieht es mit der Gegenfinanzierung aus?)

Dazu kommt noch, dass wir im Moment die Situation haben, dass uns der Bund bei dieser Aufgabe sogar helfen will. Das „Gute Kita“-Gesetz, das auf Initiative der SPD im Bundeskabinett eingebracht wurde, gibt uns die Möglichkeit, mit Mitteln des Bundes in Qualität und in Gebührenfreiheit zu investieren. Machen Sie endlich Schluss mit Ihrer Blockadehaltung, was Gebührenfreiheit in der Kita angeht! Wir brauchen eine wirkliche Entlastung von Familien im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema, das Ihnen nicht fremd sein dürfte, wenn Sie im Land unterwegs sind, ist die Wohnungsnot. Es ist noch nicht lange her, da war Wohnungspolitik in dieser Regierung lediglich eine Frage von Auflagen, von Dachbegrünungen und überdachten Abstellplätzen. Nun hat die Wohnungsnot im Land ein Ausmaß angenommen, das sich sogar bis in diese Regierung herumgesprochen hat. Hier und da ist ein Lichtlein aufgegangen. Man spricht über Bodenfonds, über Kommunalfonds und ein bisschen hier und ein bisschen da. Die Erkenntnis ist lobenswert. Aber das reicht bei Weitem nicht.

Schauen Sie doch die nicht abgerufenen Mittel aus der Landeswohnraumförderung an. Sie müssen doch selbst erkennen, dass die bisherigen Mittel das Ganze nicht regeln.

Herr Kollege Schwarz, wenn Sie hier davon fabulieren, dass der Markt versagt, dann muss ich sagen: Ich kenne kein größeres Zeichen von Hilflosigkeit. Der Markt versagt nicht, sondern er tut das, was er kann, er arbeitet unter dem Gebot der Gewinnmaximierung. Wir brauchen aber für viele Menschen in diesem Land Baden-Württemberg, und zwar gerade im unteren und im mittleren Preissegment, bezahlbaren Wohnraum. Der Markt versagt da nicht. Da versagt die Politik, wenn nicht mehr Wohnungen in diesem Land entstehen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Deswegen duldet dieses Thema im Land keinen Aufschub und kein Klein-Klein. Die SPD fordert endlich die Einrichtung einer Landesentwicklungsgesellschaft.

(Abg. Daniel Born SPD: Sehr gut!)

Wir brauchen eine Gesellschaft, die das Instrument ist, das wirklich bezahlbaren Wohnraum schafft, und zwar in Zusammen-

(Andreas Stoch)

menarbeit mit vielen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften. Nur wenn wir das wieder flächendeckend haben, haben wir Instrumente, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das, was Sie tun, ist Klein-Klein. Das hilft den Menschen in diesem Land überhaupt nicht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema, das Sie angehen könnten, wenn Sie wollten, ist die Mobilität. Wenn wir die Dauerwerbesendung der Regierung mal ein bisschen leiser drehen, dann erkennen wir, dass wir in diesem sehr schönen und sehr wohlhabenden Land eben sehr wohl ein Problem haben, gerade was das Thema Mobilität angeht. Denn im Verkehr läuft es auch nicht so richtig im Land.

Eine Verkehrspolitik ist nicht wirklich auszumachen, jedenfalls nicht, wenn man versucht, die Politik von Grünen und CDU auf einen Nenner zu bringen. Das Thema „Luftverschmutzung in den Städten“ haben Sie den Gerichten überlassen, und jetzt sollen die Bürger dafür büßen. Verkehrspolitik kann nicht heißen, Mobilität zu verbieten. Man muss Mobilität anbieten, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss man jetzt, wenn man eine Mobilitätswende will, mit dem Geld, das vorhanden ist, auch in eine Investitions-offensive gehen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hä?)

Wir brauchen einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr. Wir brauchen nicht nur die Förderung der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen. Wir brauchen auch eine Förderung der Neuanschaffung von Fahrzeugen. Wie wollen Sie denn Kapazitäten im öffentlichen Nahverkehr erweitern, wenn Sie für die Neuanschaffung der Fahrzeuge nicht auch entsprechende Mittel zur Verfügung stellen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen?

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Andreas Stoch SPD: Danke, Frau Präsidentin. – Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches Land, und diese Regierung hat gewaltigen finanziellen Rückenwind. Umso weniger verstehen es die Menschen in diesem Land, wenn Sie diesen Rückenwind nicht nutzen.

Frau Finanzministerin, nur Kurs zu halten reicht nicht. Sie haben finanziell den notwendigen Rückenwind. Machen Sie endlich etwas aus diesem Rückenwind. Setzen Sie endlich Segel. Diese Regierung muss aus ihrer Lethargie und aus ihrem Nichthandeln aufwachen. Wir brauchen Politik für die Menschen in diesem Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Rede der Finanzministerin gehört hat, hätte man fast meinen können, bei diesem Nachtragshaushalt handle es sich um eine Leistung von Regierungskunst. Zunächst müssen wir einmal festhalten, Frau Ministerin: Der Hauptgrund für diesen Nachtrag ist, dass Sie es nicht hinbekommen haben, sich mit den kommunalen Landesverbänden zeitnah zu einigen. Das ist der Hauptgrund für diesen Nachtragshaushalt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Dann feiern Sie einen Haushalt, der Jahr für Jahr neue Höchststände beim Haushaltsvolumen erreicht. Wir sind mittlerweile fast bei 54 Milliarden €. 2 Milliarden € sind jetzt noch einmal dazugekommen.

Wenn wir uns die Dimension nur einmal im Vergleich anschauen: Wir hatten zwischen 1996 und 2011 15 Jahre eine schwarz-gelbe Landesregierung. In diesen 15 Jahren gab es eine Steigerung des Haushaltsvolumens um gerade einmal 15 %. In der Regierungszeit Kretschmann, der Hälfte dieser Zeit, haben Sie es geschafft, den Landshaushalt von rund 35 Milliarden auf 54 Milliarden €, also um mehr als 50 %, auszuweiten.

Da stellt sich die Finanzministerin treuherzig hin und erklärt: „Na ja, wir geben ja nur das aus, was wir einnehmen.“ Genau das ist das Problem, Frau Ministerin. Sie geben genau das aus, was Sie einnehmen, und sorgen damit für einen nicht zukunfts-festen Haushalt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hä? – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wir zahlen ja zurück!)

– Warten Sie einmal ab. Sie sagen jetzt „Hä?“. Das ist an der Obergrenze Ihrer rhetorischen Möglichkeiten, ganz klar erkennbar.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Aber Faktum ist, dass eine zukunftsfähige Haushaltspolitik eben nicht alles ausgibt, was man einnimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Katzenstein?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war jetzt eine Provokation!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn er dazu in der Lage ist, das bisher Gesagte noch etwas zu verdeutlichen, dann gern.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Dr. Rülke, davon gehen wir selbstverständlich aus.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die letzten Fragen haben Sie ohne Vorbehalt zugelassen, Herr Kollege!)

Herr Abg. Katzenstein, bitte.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Selbstverständlich bin ich in der Lage, mein kurzes „Hä?“ etwas ausführlich zu erläutern, Herr Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie sollen aber eine Frage stellen.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Die Frage lautet: Wie haben Sie das gemeint, man könne es nicht anders machen, als das Geld auszugeben, das man hat?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Viel besser wird es nicht.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wir geben genau das Geld aus, das wir haben.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Das ist ja das Problem! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das war ein Geständnis!)

Das, was wir nicht für strukturelle Ausgaben verwenden, was wir nicht investieren, nutzen wir zur Schuldentilgung. Oder sind Sie etwa der Meinung, wir sollten mehr Schulden aufnehmen?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich bin jedenfalls der Meinung, Sie sollten berücksichtigen, dass Sie nicht immer mit einer derartigen Hochkonjunktur wie in den letzten zehn Jahren rechnen können. – Sie dürfen sich gern wieder hinsetzen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Sie sollten auch berücksichtigen, dass die Zinsen nicht so bleiben wie aktuell. Genau das berücksichtigen Sie bei Ihrem Haushalt nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wir sind hier nicht in der Schule!)

Sie, Frau Finanzministerin, haben hier erklärt, dieser Haushalt werde noch stabiler, noch nachhaltiger, noch wetterfester. Was machen Sie denn, wenn die Wirtschaftskrise kommt? Was machen Sie denn, wenn die Zinsen steigen? Es ist doch eine haushaltspolitische Binsenweisheit, dass Sie vieles von den Ansprüchen, die Sie jetzt bedienen, nur ganz schwer wieder zurückstutzen können, wenn die Zeiten schwieriger werden. Genau deshalb ist es falsch, alles das auszugeben, was Sie einnehmen, sondern Sie müssen die Zeit nutzen, um den Haushalt wetterfest zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau das tun wir doch!)

– Nein, Sie tun es halt nicht. Sonst würden Sie nicht in einer derartigen Art und Weise den Haushalt ausweiten. Das ist doch ganz evident.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Was wir für richtig halten, ist Ihre Einigung mit den Kommunen. Herr Kollege Stoch hat es ausgeführt. Es ist eine Einigung mit den Kommunen, die die Kommunen nicht zufried-

stellen kann – das ist völlig klar –, weil Sie sie nach wie vor an vielen Stellen belasten.

Es ist richtig, die notwendigen Mittel für die Flüchtlingspolitik, die Kindergartenförderung, die Vorfinanzierung der Leistungen des Bundes im Rahmen des Digitalpakts für die Schulen zur Verfügung zu stellen.

Wir halten es auch für richtig, die notwendigen Verwaltungsrichterstellen zu schaffen. Denn wir sehen an allen Ecken und Enden, wie schwierig es ist, dass die Justiz insbesondere im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik den Berg abarbeitet, der seit 2015 aufgetürmt worden ist.

Wir halten es auch für richtig, in die KI-Forschung zu investieren, sich vonseiten des Landes an der Sanierung des Nationaltheaters Mannheim zu beteiligen und Studienplätze für Grundschullehrer und im Medizinbereich zu schaffen.

Aber es ist nicht richtig, immer weiter Stellen im Ministerialbereich auszuweiten. Schon wieder 2,4 Millionen € für mehr Stellen in der Umweltverwaltung, wie Sie überhaupt insgesamt in dieser Legislaturperiode in ganz erheblichem Maß dadurch auffallen, dass Sie in den Ministerien die Stellen ausweiten, meine Damen und Herren. Das ist die falsche Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Das sind nämlich nachhaltig wirksame Ausgaben. Da ist es eben nicht so, dass man das ausgibt, was man im Moment hat, sondern die Beamtenstellen, die Sie da schaffen, bleiben auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten erhalten, und dies belastet über Jahrzehnte über die notwendigen Pensionsleistungen oder die Rückstellungen, die wir seit 2006 eingeführt hatten, den Landeshaushalt strukturell. Deshalb ist es falsch, in so guten Zeiten wie jetzt alles zu verfrühstücken, insbesondere im Personalbereich, Frau Ministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann gibt es natürlich wieder Etatposten zu Propagandazwecken. Das ganze Land genießt im Moment Ihre Roadshow „Nüchtern betrachtet erfolgreich“.

(Lachen des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Darüber sprachen wir schon in der letzten Landtagssitzung. Wir bewundern Ihren Mut zur Selbstironie.

Aber jetzt geht es weiter mit 10 Millionen € für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist doch wieder ein Propagandafonds dieser Landesregierung, für den Sie sich anschließend feiern lassen, wenn Sie durch die Lande reisen und auf Kosten des Steuerzahlers Selbstbeweihräucherung betreiben, meine Damen und Herren. Streichen Sie solche Posten! Sie sind nicht notwendig. Dies wäre ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zu Ihrem wunderschönen Begriff „implizite Schuldentilgung“. Hier sind ja nun schon wieder 70 Millionen € Schulden impliziert. Mittlerweile sind Sie bei Ihrer wunderbaren Rechnung schon bei 6 Milliarden € für die Schul-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

dentilgung – angeblich. Frau Finanzministerin, warum taufen Sie nicht Ihren ganzen Haushalt, die kompletten 54 Milliarden €, „implizite Schuldentilgung“? Offensichtlich schaffen Sie sich da einen Gummiparagrafen, mit dessen Hilfe man jegliche Ausgabe als Schuldentilgung umdeuten kann. Hören Sie doch endlich auf mit diesem Begriff „implizite Schuldentilgung“! Dieser Begriff ist der Pinocchio der Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der Rechnungshof geht auch mit diesem Begriff um!)

Da wird gelogen, dass sich die Balken biegen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Unterhalten Sie sich mal mit dem Rechnungshof!)

Sie können der Bevölkerung nicht erzählen: „6 Milliarden € tilgen wir an Schulden“, wenn Sie nur in begrenztem Umfang Kreditmarktschulden tilgen. Darüber sollte man sich endlich mal verständigen. Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, es ist eine Irreführung des Steuerzahlers.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist doch normal!)

Jede Form von Ausgabenwut kann als Schuldentilgung umgedeutet werden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein!)

– Doch, so ist es. So arbeiten Sie.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das behaupten Sie, das ist aber falsch!)

– Ja, natürlich behaupte ich das. Sie können ja anschließend wieder eine persönliche Erklärung abgeben und sagen: „Da wurde wieder etwas Falsches gesagt,“ – nicht nur über den Wolf, sondern auch über die Haushaltspolitik – „ich bin empört.“ Anschließend klatscht nicht einmal Ihre eigene Fraktion, und dann setzen Sie sich wieder bedröppelt hin. Einen solchen Auftritt können Sie anschließend gern wiederholen.

(Lachen bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das haben Sie nicht verstanden!)

Es entspricht eben nicht dem Sinn der Landeshaushaltsordnung, beliebig Mittel in eine zweckgebundene Rücklage zu stecken und dies anschließend als Schuldentilgung umzudeuten.

Der Kollege Stoch hat ausgeführt: Aus Sicht von SPD und FDP/DVP müssen Sie aufgrund der Rechtslage auch deutlich mehr Kreditmarktschulden tilgen. Aus dem Jahr 2017 fehlen aus unserer Sicht weitere 827 Millionen € zur Tilgung. Da wollen wir Ihnen gern die 185 Millionen €, die Sie auf dem Kontrollkonto haben, anrechnen; dann sind wir bei 642 Millionen € Tilgung – und zwar Kreditmarktschulden und nicht wieder irgendetwas mit „impliziter Verschuldung“.

Die Position der FDP/DVP lautet: Wir hätten gern, dass Sie das zu 100 % der Kreditmarktschuldentilgung zuführen. Die Position der SPD – Kollege Stoch hat es ausgeführt – ist eine etwas andere; die SPD hätte gern 50 % Schuldentilgung und

würde mit den anderen 50 % gern die Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft zur Bekämpfung des Wohnraum Mangels finanzieren. Wir sind uns völlig einig, Herr Kollege Stoch: Der Wohnraum Mangel ist ein ernsthaftes politisches Problem, das man angehen muss. In diesem Haushalt, auch im Nachtragshaushalt, erkennen wir keine wirksamen Mittel, um dieses Problem anzugehen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Schmeißen Sie die Asylanten raus!)

Wir sind allerdings nicht sehr überzeugt, dass die von Ihnen beschworenen politischen Maßnahmen, beispielsweise diese Gesellschaftsgründung, allein das Problem lösen können. Sie sprachen vom Markt. Wir sind wahrscheinlich etwas positiver dem Markt gegenüber eingestellt als Sie. Denn für uns steht eines außer Frage: Allein mit politischen Maßnahmen, allein mit staatlichem Geld werden wir das Wohnraumproblem nicht lösen können.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da sind wir uns auch einig!)

Wir brauchen privates Kapital, und dieses private Kapital muss man lockermachen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Räßle?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja, bitte.

Abg. Stefan Räßle AfD: Herr Kollege, Sie sprachen vorhin vom Wohnraum Mangel, und Sie begrüßen Gelder für die Flüchtlingspolitik. Wie passt das zusammen? Sie wissen genau, dass die Flüchtlinge oder die Asylanten, die illegalen Einwanderer, hier in unserem Land diesen Druck auf den Wohnraum noch zusätzlich verstärkt haben. Was sagen Sie dazu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Räßle, Sie haben das wahrscheinlich nicht verstanden, wie so manches.

(Vereinzelt Beifall)

Aber Faktum ist: Die Flüchtlinge befinden sich im Land. Wo wollen Sie sie denn unterbringen?

(Abg. Stefan Räßle AfD: Rausschmeißen!)

In Wigwams? In der von Herrn Kretschmann beschworenen Pampa? Wie wollen Sie da vorgehen?

(Abg. Stefan Räßle AfD: Abschieben!)

Wir sind im Unterschied zu Ihnen für eine menschliche Behandlung dieser Flüchtlinge.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Illegale Einwanderer!)

Wir sind der Auffassung: Wir haben in den Jahren 2015/2016 eine Flüchtlingskrise erlebt, mit falschen Entscheidungen der Bundeskanzlerin. Wir hätten das anders gemacht. Aber die Menschen sind zunächst mal hier. Wir sind schon dafür, dass sie sukzessive rückgeführt werden, wenn sie kein Aufenthaltsrecht haben; aber solange sie hier im Land sind, muss man sie,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

verdammt noch mal, wie Menschen behandeln. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Wir sind bereit, diesen Weg der SPD mitzugehen. Gegebenenfalls sind auch Sie bereit, unseren Weg der hundertprozentigen Schuldentilgung mitzugehen. Aber Voraussetzung für unsere Zustimmung, die Zustimmung der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, ist, dass Sie diese Mittel offenlegen und über diese Mittel entsprechend verhandelt wird.

Wir halten es für richtig, die Schuldenbremse in der Landesverfassung zu etablieren. Es ist richtig, das Trendsteuerverfahren zugunsten eines Produktionslückenverfahrens zu ersetzen. Dafür bekommen Sie eine größere haushaltspolitische Flexibilität. Die sei Ihnen zugestanden. Für uns ist es wichtig, von dem unsäglichen Begriff „implizite Verschuldung“ wegzukommen. Aber klar ist: An dieser Stelle müssen wir verhandeln. An dieser Stelle erwarten wir uns ein Mehr an Schuldentilgung. Sonst werden Sie zumindest die Fraktion der SPD und die Fraktion der FDP/DVP nicht für die von Ihnen gewünschte Verfassungsänderung gewinnen können, meine Damen und Herren.

Fazit: Dieser Nachtragshaushalt löst das eine oder andere zwingend notwendig zu lösende Problem der Landespolitik; aber er ist kein Beitrag dazu, das Land zukunftsfähig zu machen, und schon gar kein Beitrag zur haushaltspolitischen Nachhaltigkeit, als den Sie ihn verkauft haben, Frau Ministerin. Wir erwarten in den nächsten Jahren eine haushaltspolitische Wende. Sonst wird es irgendwann schwierig, wenn die Konjunktur wieder einbricht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz für die Fraktion GRÜNE. Sie haben noch zwei Minuten Redezeit. – Bitte.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist genau das eingetreten, was ich prognostiziert habe.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Im Wesentlichen wird unser Kurs von der Opposition bestätigt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Falsch! – Zurufe der Abg. Andreas Stoch SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP)

Aber in den Reden von Herrn Stoch und Herrn Rülke gab es Widersprüche in sich. Ich will diese Widersprüche noch mal festmachen.

Herr Rülke kritisiert die Haushaltsausweitung

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

und sagt wenige Minuten später: „Das Paket mit den Kommunen begrüße ich. Ich begrüße die zusätzlichen Studienplät-

ze. Ich begrüße die zusätzlichen Stellen für Verwaltungsrichter.“ Herr Rülke, was denn nun?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe auch gesagt, was ich nicht begrüße!)

Sind Sie dafür, dass wir in die Kommunen investieren? Sind Sie dafür, dass wir Studienplätze schaffen? Sind Sie dafür, dass wir mehr Verwaltungsrichter einstellen? Oder wollen Sie den Haushalt konsolidieren?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe auch gesagt, was ich nicht begrüße!)

Da müssen Sie sich entscheiden. Wir sind ganz klar für starke Kommunen, für mehr Verwaltungsrichter, für mehr Studienplätze.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Herr Rülke hat auch nicht dargestellt, wie er die Einnahmeausfälle bei der Grunderwerbsteuer kompensieren möchte. Kein Wort haben Sie dazu gesagt.

Dann haben Sie die Wohnraumförderung kritisiert. Als Sie hier Verantwortung hatten, hatten wir gerade mal 60 Millionen € in der Landeswohnraumförderung.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Da war eine ganz andere Situation!)

Heute sind wir auf einem Rekordwert von 250 Millionen €.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und was bringt es?)

Dass wir hier geliefert haben, ist doch sonnenklar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ja gerade ein Beispiel dafür, dass Sie Geld verschwenden!)

Auch Kollege Stoch hat es nicht kapiert. Er spricht davon, man müsse mehr für die Menschen im Land tun.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie gerade irgendwelche Schwierigkeiten mit der Aussprache?)

Herr Kollege Stoch, wir nehmen zusammen mit den Kommunen 1,6 Milliarden € in die Hand: für mehr Kinderbetreuung vor Ort, für mehr Busse und Bahnen in den Kommunen, für eine gelingende Integration vor Ort, für eine Sprachförderung in den Kindertagesstätten,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Reicht das, was Sie machen?)

für Krankenhäuser und vieles mehr.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie kürzen doch die Krankenhausinvestitionen! Lügen Sie doch die Leute nicht an! – Abg. Reinhold Gall SPD: Unglaublich! Sie leben doch in einer anderen Welt!)

Eine Rekordsumme von 1,6 Milliarden € nehmen wir in die Hand.

(Andreas Schwarz)

Und Sie, Herr Stoch, haben für die Punkte, die Sie vorgebracht haben, keinerlei finanzierbare Vorschläge gebracht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich haben wir das!)

Sie kritisieren uns, und dann wollen Sie noch ein Sahnehäubchen obendrauf: Schwimmbäder, kostenloses Kindergartenjahr. Sie haben nicht dargestellt, wie Sie das finanzieren wollen, Herr Stoch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das Geld ist da! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das machen wir noch!)

Es gibt überhaupt keine Antwort von Ihnen. So sieht doch keine nachhaltige Finanzpolitik aus. Machen Sie doch mal Ihre Hausaufgaben!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Wir sind sehr wohl dafür, die Gebührenschaube bei den Kindergärten anzuschauen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Davon höre ich bisher das erste Mal etwas!)

Deswegen setzen sich unsere Stadträtinnen und Stadträte für einkommensabhängige Gebühren ein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind immer gegen Erhöhungen! Das ist scheinheilig, vor Ort anders zu argumentieren als hier!)

Aber beachten Sie die staatliche Ordnung. Das ist doch ein Thema der Kommunen. Das verordnen nicht wir vonseiten des Landes. Wir sind für die kommunale Selbstverwaltung. Da sind die Städte und Gemeinden selbst groß, und mit unserem Pakt für die Kommunen machen wir sie noch größer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Da freuen sie sich über die Unterstützung von Ihnen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Professor Dr. Reinhart für die CDU-Fraktion noch einmal. – Bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich greife zunächst das Thema Wohnraum auf. Wenn Sie sich einmal die Zahlen, die Fakten anschauen, werden Sie feststellen, dass wir eine Rekordwohnungsbauförderung etatisiert haben. Ich will Ihnen, Herr Kollege Stoch, allerdings auch sagen: Mit einer Landesentwicklungsgesellschaft haben Sie noch keine einzige Wohnung geschaffen. Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb geht es darum: Wir brauchen starke Kommunen, damit die Kommunen auch Bauland ausweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Was uns fehlt, ist Bauland. Wir können nicht nur in die Höhe bauen, es muss auch Bauland ausgewiesen werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, natürlich! Das ist aber kein Argument dagegen!)

Da gibt es schon Demonstrationen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Das Zweite: Es ist natürlich das gute Recht der Opposition, von allem immer noch mehr zu fordern. Was aber zählt, sind die Fakten. Jetzt will ich Ihnen sagen: Zwischen 2010 und 2016 verbuchte das Land bei den Steuereinnahmen ein Plus von 40 %; die Steuereinnahmen stiegen von 24,8 Milliarden € auf 34,5 Milliarden €. Trotzdem ist in dieser Zeit unter Finanzminister Dr. Schmid zugleich der Schuldenberg noch um 3 Milliarden € angewachsen. Das ist das eine.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Bei uns ist es nun so: Der Schuldenstand verringert sich bei steigenden Steuereinnahmen

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ergibt sich aus der Landeshaushaltsordnung, Herr Kollege!)

um 1,25 Milliarden €. – Auch wenn es in der Landeshaushaltsordnung steht: Aber wir haben es gemacht, wir haben Schulden getilgt. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie müssen tilgen!)

– Herr Kollege Stoch, zur Sinnhaftigkeit, ob man tilgen muss: Entscheidend ist, dass wir tilgen. Das ist doch der Punkt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Kollege Dr. Podeswa hat sich hier aufgeamstelt, auf Fahrradwege verwiesen und gefragt: Wo bleibt die Digitalisierung? Ja, wer hat denn die Digitalisierungsmittel gegenüber dem, was im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, sogar verdreifacht? Das waren diese Regierung und die hier vertretenen Fraktionen von Grünen und CDU.

(Abg. Anton Baron AfD: Das Geld muss auch ankommen!)

– Ja, natürlich. – Das mögen Sie bitte beachten,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

denn das sind wesentliche Punkte.

Vom Kollegen Dr. Rülke wurden die kommunalen Landesverbände angesprochen. Der Pakt ist unterschrieben. Es ist ein Vertrag, und daran halten sich beide Seiten.

Wir legen auch Geld zurück. Es wird ständig so getan, als würde kein Geld zurückgelegt. Natürlich legen wir Geld zurück. Wir sanieren, wir konsolidieren, wir investieren, aber wir treffen auch Vorsorge, indem wir über 1 Milliarde € für unvorhersehbare Risiken zurücklegen. Das ist verantwortungsvolles Haushalten mit dem Blick in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt wird wieder die Tilgung impliziter Schulden angesprochen. Zunächst einmal ist es so: Wir steigern sogar die Tilgung expliziter Kreditmarktschulden.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Aber auch zu der Tilgung impliziter Schulden will ich Ihnen sagen: Die Sanierung ist eine wichtige Investition in diesem Land, dort, wo sich Schulden aufgebaut haben, wenn ein Haus, ein Gebäude, eine Schule sanierungsbedürftig ist. Und das ist rechtlich geprüft.

Sie sagen allerdings nicht: Das Jahr 2019 ist ohnehin das letzte Jahr, in dem § 18 LHO gilt. Ab dem nächsten Jahr gilt die Schuldenbremse. Da gab es einmal unter dem Vorsitz von Struck und Oettinger eine Änderung des Grundgesetzes, und diese Bestimmung halten wir ein. Danach richten wir uns. Deshalb ist es seriös, was wir machen.

Was Sie hingegen hier machen, ist unseriös, denn Sie sagen kein Wort zu den 6 Milliarden €, von denen die Finanzministerin hier gesprochen hat. Sie hat dargelegt, was in die Tilgung expliziter und impliziter Schulden und was in den Abbau von Kreditermächtigungen geht. Das ist Fakt, das ist Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Als Halbzeitbilanz können wir feststellen: Wir haben eine einmalige Sicherheitsoffensive gestartet, wir haben mehr Polizisten, mehr Richter. Wir haben den Lehrstellenabbau der Vorgängerregierung gestoppt. Bei uns steht jetzt Lesen, Schreiben und Rechnen in der Grundschule im Vordergrund. Und wir starten durch ins digitale Zeitalter; wir investieren über 1 Milliarde € in die Digitalisierung.

(Zuruf von der AfD)

Das ist drei Mal so viel wie ursprünglich verabredet. Die Wohnungsbauförderung ist auf Rekordniveau gebracht worden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weil der Bund das Geld dafür gibt!)

Das schreiben wir fort. Wir haben die LBO novelliert. Wir haben die Gründerförderung kräftig erhöht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, bitte beachten Sie die Redezeit.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich komme zum Schluss. – Wir haben eine Gründerkultur eingeführt. Wir stärken den öffentlichen Dienst. Die Absenkung der Eingangsbesoldung um 8 % war das Erste, was wir rückgängig gemacht haben, damit die jungen Leute wieder vernünftig besoldet werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! Sehr richtig!)

Weil hier die Krankenhäuser angesprochen wurden: Wir fördern mit diesem Haushalt die Krankenhäuser auf Rekordniveau

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

und werden in den nächsten Jahren zusätzlich eine Viertelmilliarde allein für die Digitalisierung der Krankenhäuser und für den Krankenhausstrukturfonds in die Hand nehmen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben gekürzt!)

Auch die Krankenhäuser werden in diesem Land optimal gefördert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redezeiten sind aufgebraucht. Die Aussprache ist damit beendet.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] steht auf und meldet sich. – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Hallo!)

– Entschuldigung, ich hatte Ihre Wortmeldung nicht gesehen.

Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie haben zwei Minuten Redezeit. – Bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kurz zum Thema Wohnungsbau: Natürlich ist die Zuwanderung, die Migrantenfut, ein wesentlicher Grund für diese Wohnungsnot. Wenn Sie, Herr Rülke, sagen: „Wir wollen sukzessive abschieben“, dann brauchen Sie ja die Wohnungen in der Zukunft gar nicht mehr. Dann brauchen wir die Wohnungen gar nicht zu bauen. Tatsache ist aber, dass Sie nicht sukzessive abschieben. Wenn Sie von Abschiebungen reden, ist das im Wesentlichen Larifari-Rhetorik.

(Unruhe)

Aber ich wollte noch etwas Grundsätzliches zum Haushalt sagen. Wir verlieren dabei das Grundsätzliche aus den Augen: Wir haben einen riesigen Schuldenberg, und den haben wir immer noch. Zunächst sollte gesagt werden: Woher kommt denn dieser Schuldenberg? Er ist menschengemacht. Im Gegensatz zur Klimakatastrophe, meine Damen und Herren von den Altparteien, ist dieser Schuldenberg menschengemacht, und zwar von den Altparteien.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Von den Systemparteien wurde er über Jahrzehnte angehäuft. Das ist Ihre Verantwortung, dass dieser Schuldenberg erst einmal da ist. Dazu müssen Sie sich bekennen, statt irgendwelche Verantwortlichkeiten für die Klimakatastrophe zu konstruieren, die überhaupt nicht wissenschaftlich belegt sind.

Jetzt sagen Sie, Sie wollten Schulden abbauen, Sie seien dabei, Schulden abzubauen. Die Zahlen sind unklar, ob es 6 Milliarden € sind oder ein anderer Betrag. Aber letztlich ist all das, was Sie hier machen, ein Tropfen auf den heißen Stein, meine Damen und Herren. Die Schuldenmacherei geht weiter, und ein wirklicher Paradigmenwechsel hat hier nicht stattgefunden. Das ist auch in der Diskussion wirklich allen klar geworden; um das herauszufinden braucht man kein Seziermesser. Die Schuldenmacherei geht weiter. Die Rhetorik hat sich geändert, aber die Politik nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, die beiden Gesetzentwürfe Drucksachen 16/5100 und 16/5111 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Fi-

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

nanzen zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Damit können wir Tagesordnungspunkt 2 abschließen.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes – Drucksache 16/5185

Die Fraktionen sind übereingekommen, bei der Ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs auf die Aussprache zu verzichten. Die Regierung verzichtet ebenfalls auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage Ihnen daher jetzt gleich vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5185 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Auch Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Jetzt kommen wir zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 8. Oktober 2018 – Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg zum Abkommen zwischen der Regierung des Landes Baden-Württemberg und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation am Rhein – Drucksachen 16/5035, 16/5142

Berichterstatteerin: Abg. Andrea Schwarz

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Als Erstes erteile ich für die Fraktion GRÜNE das Wort Frau Abg. Häffner. – Bitte.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa wächst zusammen – gemeinsames Arbeiten über Grenzen hinweg. Das ist für mich die wichtigste Botschaft dieses Abkommens über die deutsch-französische Wasserschutzpolizei.

Es stimmt, momentan beherrscht der Brexit die öffentliche Diskussion. Es stimmt, bei vielen Menschen herrscht Euro- und Europaskepsis. Richten wir den Fokus auf die Grenzregionen, ergibt sich hier ein ganz anderes Bild: Bürgerinnen und Bürger am Oberrhein aus Baden-Württemberg, dem Elsass oder Rheinland-Pfalz, ja sogar aus der Schweiz, arbeiten, studieren, leben, feiern schon längst gemeinsam über die Landesgrenzen hinweg.

Was ein vereintes Europa sein kann, welche Perspektiven es gerade für junge Menschen bietet, wird am Oberrhein pragmatisch vorgelebt. Es gibt Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger, die in Deutschland arbeiten und ihren Wohnsitz im Elsass haben, französische Jugendliche, die eine duale Ausbildung in deutschen Betrieben machen, grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen werden ausgebaut oder

gemeinsame Sportwettbewerbe und Kulturveranstaltungen durchgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Konrad Epple CDU)

Klar ist: Wo ein Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsraum zusammenwächst, brauchen wir auch gemeinsames Handeln auf dem Gebiet der inneren Sicherheit.

Ein wichtiger Baustein der gemeinsamen Sicherheitsarchitektur ist das Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und unserer Landesregierung über die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizei. Dieses Abkommen liegt uns heute zur Zustimmung vor – endlich, möchte man sagen. Denn tatsächlich existiert und funktioniert diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Rhein seit über sieben Jahren. Nach einer kurzen Pilotphase arbeitete die Einheit seither erfolgreich auf Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung.

Seit 2011 liegt diese Verwaltungsvereinbarung vor. Warum dauerte es dann bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrags so lange? Zum einen wurde hier Neuland betreten. Die deutsch-französische Wasserschutzpolizeistation war europaweit die erste binationale operative Polizeieinheit. Zur Wahrheit von Europa gehört es, dass Zuständigkeiten geklärt werden müssen und jeweils die nationalen Gesetzgebungen dazu berücksichtigt und aufeinander abgestimmt werden müssen. Es gehört dazu, dass manche Prozesse und Verhandlungen langwierig sind.

Eine Frage, die es zuletzt vor der Unterzeichnung noch zu klären galt, war die datenschutzrechtlich relevante Frage, ob die gemeinsame Datei auch die Speicherung personenbezogener Daten Dritter umfasst. Diese Frage ist nun auch entsprechend der neuen Datenschutz-Grundverordnung abschließend beantwortet.

So liegt uns heute ein Abkommen vor, das beiden Vertragspartnern Sicherheit und Klarheit über die rechtlichen Vorgaben und Voraussetzungen der Zusammenarbeit gibt. Auf dieser Grundlage können wir das hohe Niveau der alltäglichen operativen Zusammenarbeit der Polizei in den Grenzgebieten gewährleisten und weiter ausbauen.

2014 habe ich mich selbst bei einem Besuch in Kehl von der hervorragenden Zusammenarbeit bei der Wasserschutzpolizei überzeugt. Das ist ein sehr spannender Aufgabenbereich – ob es nun um die Überwachung des Schiffsverkehrs oder der Sportschiffahrt geht, um Einsätze im Unfall- und Katastrophenschutz oder um Kriminalitätsbekämpfung.

Die Zusammenarbeit ist effizient, spart Kosten und ist für beide Seiten eine Bereicherung, nicht zuletzt, weil man Sprache und Lebensart der Kolleginnen und Kollegen kennen- und schätzen lernt.

Wenn wir über deutsch-französische Maßnahmen auf dem Gebiet der Sicherheit sprechen, möchte ich auch das Gemeinsame Zentrum in Kehl nennen. Dort arbeiten schon seit 1999 mehr als 60 französische Kolleginnen und Kollegen mit der deutschen Polizei zusammen, und das rund um die Uhr. Es handelt sich um eine wegweisende Einrichtung, ein Modell, das inzwischen von vielen anderen Grenzregionen Europas

(Petra Häffner)

übernommen wurde und das die polizeiliche Arbeit auf beiden Seiten deutlich verbessert. Jüngstes Projekt sind gemeinsame Fahrradstreifen im Grenzgebiet.

(Zuruf von der AfD: Oh!)

Auch dies sind schlagkräftige Einheiten über Grenzen hinweg, die bürgernah unterwegs sind und die für Sicherheit auf öffentlichen Plätzen sorgen, etwa am Rheinufer oder bei großen Veranstaltungen, z. B. der Landesgartenschau in Lahr.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ja. – Ich finde, dass wir in Baden-Württemberg wirklich stolz sein können auf diese Einrichtung und auch auf die Vorbildfunktion, wie wir in deutsch-französischen Grenzregionen zusammenarbeiten und zusammenleben können.

Deshalb bitte ich abschließend alle Fraktionen, dem Abkommen zuzustimmen. Es stärkt unsere deutsche und die französische Polizeiarbeit und ist auch ein wichtiges Signal an die Bevölkerung. Im vereinten Europa fühlen sich die Länder gemeinsam für die Sicherheit verantwortlich und zuständig. Nur so können die Grenzen offen sein und auch offen bleiben. Nur so beleben wir das Miteinander.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Lorek spricht für die CDU-Fraktion.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat uns die Kooperation in der Europäischen Union die längste Friedens- und Wohlstandsphase gebracht, die Europa je hatte.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sagen Sie das mal der AfD! – Abg. Udo Stein AfD: Balkankrieg! Ukraine! Schauen Sie sich mal die Realität an! – Zurufe von den Grünen)

Die EU ist nicht nur eine Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch ein Versprechen für Frieden und Sicherheit, auch wenn es zugegebenermaßen immer noch etwas zu tun gibt.

(Zuruf von der AfD)

Die Errungenschaften der EU müssen wir in Zeiten des aufkommenden Nationalismus und Populismus umso entschlossener verteidigen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Bandenkriminalität, Messerstechereien!)

Auch hier im Landtag sitzt in dem – von mir aus gesehen – rechten Block eine Partei, welche die europäische Kooperation ablehnt,

(Abg. Anton Baron AfD: So ein Quatsch! – Zuruf von der AfD: Blödsinn!)

für die die Welt an der eigenen Staatsgrenze endet

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist eine Frechheit!)

und die sich teilweise offen mit Rechtsradikalen einlässt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Udo Stein AfD: Das glauben Sie! Die Wahlergebnisse tun wohl weh!)

Damit bringt sie die Fortschritte, die wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht haben, in Gefahr. Diesem Gedankengut müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Sonst keine Argumente, oder was?)

Am 10. November dieses Jahres hat uns das Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren nochmals vor Augen geführt, wie gefährlich nationalistisches Denken ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! Sie hatten ja einige in Ihren Reihen in den letzten Jahrzehnten!)

Eine solche Tragödie darf sich nie wiederholen. Das ist unsere Verantwortung. Darum brauchen wir eine europäische Zusammenarbeit, vor allem mit unseren französischen Nachbarn.

Mit der jetzt vorliegenden Vereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Wasserschutzpolizeistation mit Frankreich leisten wir einen Beitrag, um das europäische Sicherheitsversprechen auch künftig einzulösen. Denn mit dem Abkommen wird erstmalig eine auf unbestimmte Zeit ausgelegte Regelung zum operativen Einsatz unserer Polizei auf französischem Gebiet und umgekehrt getroffen. Schon allein wegen dieses auf Dauer angelegten Charakters ist das Abkommen ein wichtiges Element der grenzüberschreitenden Sicherheitspartnerschaft.

Lassen Sie mich mit meiner Erfahrung aus über 22 Jahren Polizeidienst sagen: Kriminalität endet nicht an der Staatsgrenze, auch wenn das der Horizont von einigen Kollegen in diesem Haus scheinbar tut.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje! – Abg. Klaus Dürr AfD: Ganz stark!)

Das Abkommen regelt klar die gegenseitigen Rechte und Pflichten. Es werden gemeinsame Streifen auf dem Gebiet beider Partner ermöglicht und dafür die notwendigen Voraussetzungen, z. B. im Hinblick auf den rechtlichen Schutz von Beamtinnen und Beamten, geschaffen.

Die Planungen für eine gemeinsame Wasserschutzpolizeistation am Rhein begleiten die Landespolitik und auch mich persönlich schon länger. Während meiner damaligen Tätigkeit im Innenministerium war ich für die DV-technische Anbindung zuständig. Deshalb bin ich auch ganz persönlich von dieser Vereinbarung überzeugt.

Wir haben hier ein wirkliches Vorzeigeprojekt geschaffen. Vielen Dank an die Landesregierung, an Innenminister Thomas Strobl, aber natürlich auch an seine Vorgänger, dass sie die Kooperation der Wasserschutzpolizei am Rhein möglich

(Siegfried Lorek)

gemacht haben. Denn Baden-Württemberg und Deutschland profitieren deutlich von der Zusammenarbeit mit unseren französischen Partnern. Kollegin Häffner hat es schon angesprochen: Wie das seit fast 20 Jahren bestehende erfolgreiche Gemeinsame Zentrum in Kehl wird auch die Einrichtung einer gemeinsamen Wasserschutzpolizeistation mit Frankreich Modellcharakter für weitere Kooperationen entfalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein echter Einsatz für die Sicherheit in unserem Land. Gemeinsam mit unserem europäischen Partner sind wir stärker; das betone ich hier wirklich ausdrücklich noch einmal. Die Welt endet nun mal nicht an unserer Staatsgrenze, und als einsamer Wolf in der Welt werden wir keine Verbesserungen für die Menschen im Land erreichen.

(Oh-Rufe – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ein schönes Wortspiel!)

Wir stehen klar zur europäischen Sicherheitszusammenarbeit, denn nur dadurch kommen wir weiter. Genau diesen Schritt gehen wir mit dem vorliegenden Abkommen. Deshalb bitte ich Sie alle: Stimmen Sie dem Abkommen zu, und unterstützen Sie so die Arbeit unserer Polizei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Herr Abg. Berg. – Bitte.

(Zuruf von den Grünen: Oje!)

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister Strobl, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Nach all den strittigen Themen der vergangenen Woche ist es wohlthuend, über die Zustimmung des Landtags zum Abkommen zwischen der Regierung des Landes Baden-Württemberg und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung einer gemeinsamen deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation am Rhein – eine der größten Errungenschaften Nachkriegsdeutschlands – zu diskutieren und dies in Erinnerung zu rufen.

Die deutsch-französische Freundschaft, einst ins Leben gerufen von Kanzler Adenauer, genießt über alle Parteigrenzen hinweg höchste Anerkennung und eignet sich weder zum Streit, noch gibt sie dazu Anlass.

(Beifall bei der AfD)

Man könnte sogar fragen, wozu es überhaupt einer Debatte bedarf, die nur zu einem orchestralen Lobgesang werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Niemand von uns, geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch nicht meine Fraktion, zweifelt die Sinnhaftigkeit dieses Abkommens an. Es ist im Übrigen ja nicht neu im Sinne dessen, dass es aus heiterem Himmel herabgefallen wäre; vielmehr arbeiten schon seit Mai 2011 deutsche und französische Wasserschutzpolizisten zusammen. Nun wird einfach eine Verwaltungsvereinbarung durch ein völkerrechtliches Abkommen ersetzt, das zur Rechtssicherheit beiträgt.

Bei aller Zustimmung kann ich nicht umhin, einige Tropfen Wasser in den Wein zu gießen. Es ist in Mode gekommen, jede Art der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in euphorischer Weise zu feiern. Da fragt man sich aber, warum es ganze sechs Jahre gedauert hat, bis dieses inhaltlich doch recht einfache Abkommen umgesetzt war.

(Abg. Udo Stein AfD: Hört, hört! – Abg. Reinhold Gall SPD: Von wegen einfach!)

Es gab schon Vorgängerregelungen, die praktisch schon alles enthielten und aus denen man einfach hätte abschreiben können.

(Heiterkeit des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Und, Herr Innenminister, halten Sie es der Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft und Ihrer stets betonten Solidarität mit der Polizei für angemessen, dass seit sage und schreibe 2011 für den gemeinsamen Dienstbetrieb in Kehl ein Provisorium in Form eines Bürocontainers neben einem lärmenden Schrotthandel genutzt wird? Wir von der AfD-Fraktion halten diesen Zustand für skandalös.

(Beifall bei der AfD)

So macht man es, wenn man die Arbeit erschweren will, nicht aber, wenn man sie erleichtern will. An die polizeiliche Basis wurde mal wieder zuletzt gedacht. Das merkt man eben auch daran, dass jede Regelung zur Heilfürsorge bei Gesundheitsschäden, die im Ausland eintreten, fehlt, da unseres Wissens insoweit nur der Rechtsschutz geregelt ist. Wir kündigen insoweit schon heute eine Kleine Anfrage an.

Tatsächlich werden mit dem Wasserschutzpolizeiabkommen – um dies passend metaphorisch auszudrücken – auch keine neuen Ufer einer gemeinsamen Zusammenarbeit erklimmen, sondern nüchtern betrachtet wahrt auch dieses Abkommen die Souveränität zweier eigenständiger Staaten, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der AfD)

Auf dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staates haben die Polizisten, abgesehen von der Eingriffsbefugnis bei Notfällen, keine eigenständige Hoheitsgewalt, sondern nur innerhalb der Grenzen, die ihnen per Anleitung von den jeweils nationalen Polizisten gesetzt werden. Diese tragen dann auch die Verantwortung und die Haftung dafür, wenn ein Angeleiteter und im jeweils nationalen Recht Unkundiger Fehler macht, was per se in der Praxis zu großer Zurückhaltung beim Einsatz der jeweils land- und rechtsfremden Kollegen führen dürfte. Für eine vollständige Wahrnehmung der hoheitlichen Befugnisse des jeweils anderen Landes müssen alle Polizisten vollständig im Recht beider Länder ausgebildet sein und zwei Hoheiten unterstehen. Dies ist indes weder möglich noch wünschenswert.

Immerhin scheint allen beteiligten Dienststellen beidseits des Rheins gleichermaßen das internationale Schifffahrtsrecht geläufig, das für einen Großteil des Schiffsverkehrs auf dem Rhein gilt. Gegenwärtig scheint es auch nicht so zu sein, dass vollständige Kenntnisse beider Landessprachen zur Voraussetzung gemacht sind. Dies sollte bei Neueinsteigern unbedingt angestrebt werden, weil es gerade im Bereich der Ge-

(Lars Patrick Berg)

fahrenabwehr zur Beweissicherung und Ermittlung sehr wichtig ist. Fehlerfrei Deutsch und Französisch zu sprechen ist hier von ungemein wichtiger Bedeutung.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zum Schluss. Was wir also unter der Bezeichnung „deutsch-französische Wasserschutzpolizei“ vor uns sehen, ist eine Bürogemeinschaft, der auch noch durch unsinnige europäische Datenschutzvorschriften das Leben schwer gemacht wird.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So ein Blödsinn!)

Wie wir der Drucksache entnehmen können, wäre dieses Vorhaben fast an der Datenschutz-Grundverordnung gescheitert. Der reichlich seltsame Kompromiss sieht in Artikel 13 vor, dass die gemeinsame Datei der künftigen Station keine personenbezogenen Daten enthält. Auch ohne die blasseste Ahnung von Polizeiarbeit kann man sich aber nicht vorstellen, wie eine Polizeidienststelle arbeiten können soll, wenn sie nicht einmal die Daten der einvernommenen Zeugen speichern kann.

Insgesamt aber begrüßen wir den Schritt der Einrichtung einer gemeinsamen Polizeistation und der dauerhaften Etablierung gemeinsamer Polizeiarbeit am Rhein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hinderer das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir, die SPD-Fraktion, begrüßen das Abkommen zwischen der Regierung des Landes Baden-Württemberg und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation am Rhein.

Bereits im Jahr 2012 wurde dem Innenministerium durch das Auswärtige Amt die Zustimmung zur Aufnahme der Verhandlungen erteilt. Ende des Jahres 2018 stimmen wir darüber nun im Landtag ab. Es war also ein langer Weg bis dorthin. Die Polizei selbst war da schneller. Gemeinsame Streifen werden längst auf dem Rhein gefahren.

Eine letzte Schleife musste in den zurückliegenden Monaten wegen der Anforderungen des Datenschutzrechts gedreht werden. Wenn nun aber auch alle datenschutzrechtlichen Fragen geklärt sind und das novellierte Datenschutzrecht der Europäischen Union berücksichtigt ist, war dies aus unserer Sicht, Herr Abg. Berg, die zusätzliche Zeit auch wert. Mehr Sicherheit ist wichtig. Aber auch der Datenschutz muss gewährleistet werden. Es ist daher aus unserer Sicht völlig richtig, dass personenbezogene Daten nicht gespeichert werden und dies auch explizit in Artikel 13 des Abkommens festgeschrieben ist.

In Zeiten, in denen wir merken, wie wichtig grenzüberschreitende Sicherheitspolitik ist, kommt diesem Abkommen zur Kooperation im Bereich der Wasserschutzpolizei eine besondere Bedeutung zu. Es stärkt die deutsch-französische poli-

zeiliche Zusammenarbeit. Das Abkommen ermöglicht eine Verstärkung der operativen Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Polizei im Bereich der inneren Sicherheit, führt zu Synergien und ist ein wichtiger Bestandteil der Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität.

Kein Land, meine Kolleginnen und Kollegen, kann die vielfältigen Herausforderungen, die sich stellen, allein bewältigen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der inneren Sicherheit, internationalen Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität, Cybercrime im Netz, das keine Grenzen zeigt.

Deshalb ist es wichtig, dass die europäische und internationale Zusammenarbeit gestärkt und gefördert wird. Das Abkommen über die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation ist ein kleiner, aber wichtiger Baustein in diesem Geflecht, der die Arbeit erleichtern wird. Wir stimmen dem Abkommen zu und danken allen Beteiligten, die an den Verhandlungen darüber beteiligt waren, für ihre Arbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Professor Dr. Goll hat das Wort für die FDP/DVP.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt muss ich erst einmal schauen, ob ich hier in ein grünes Lichtlein einer Kamera blicke.

(Heiterkeit)

Wir sind ja gründlich beraten worden. Dann probiere ich jetzt mal die empfohlene Haltung aus. – Eigentlich ganz gut, oder?

(Heiterkeit)

Sie hören mich. – Was man alles erklärt bekommt. Man wird hier wirklich verwöhnt.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und der AfD)

Was wir heute beschließen, ist ohne Zweifel hoch sinnvoll, keine Frage. Es ist aber natürlich auch schon sehr viel Richtiges dazu gesagt worden. Darum darf ich mich hier auf ganz wenige Sätze beschränken.

Die Kriminalität macht bekanntlich nicht an Grenzen halt. Deswegen darf die Kriminalitätsbekämpfung auch nicht an der Grenze einfach enden. Es kommt – das wissen wir seit Jahren – im Dreiländereck sehr auf die Zusammenarbeit gerade der Staaten am Rhein an. Da bringt das, was wir heute beschließen, natürlich eine weitere Verbesserung.

Es ist darauf hingewiesen worden: Die Sache wird im Grunde seit 2011 praktiziert, zunächst als Probelauf, dann aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Innenministerium und der Gendarmerie im Elsass.

Es ist sicher richtig, mit diesem Abkommen die Zusammenarbeit auf eine bessere Grundlage zu stellen. Besonders gefällt uns und besonders sympathisch ist, dass man es sehr pragmatisch gemacht hat. Denn wenn man jetzt anfangen wollte, alles zu vereinheitlichen, eine einheitliche Leitung, ei-

(Dr. Ulrich Goll)

ne eigene Rechtspersönlichkeit einzuführen, dann würde man sich erfahrungsgemäß auf eine endlose Straße begeben.

Hier macht man das Einfachste: Man setzt die Beamten zusammen in eine Behörde, sie arbeiten weiter nach ihren eigenen Regeln, sie behalten ihren eigenen Vorgesetzten, aber sie sitzen beieinander. Das ist ja der Punkt, auf den es ankommt. Außerdem finde ich gut, dass man auf diese Art weitere Beamte in der französischen bzw. deutschen Sprache ausbildet.

Dieser Sache kann man also nur zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Der Minister!)

– Ja, ja. Ich muss vorher nur bei den Fraktionen und den fraktionslosen Abgeordneten anfragen – nicht, dass ich wieder jemanden übersehe.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das macht nichts, wenn sie nicht wollen! Die müssen auch nicht reden! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ermuntern braucht man sie nicht!)

Dann hat nun selbstverständlich Herr Innenminister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit Frankreich ist ein Kernstück unseres internationalen polizeilichen Engagements und ein weiteres Vorbild für grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit.

Kriminalität ist heute grenzüberschreitend. Verbrechensbekämpfung ist deshalb auch grenzüberschreitend. Nicht Abschottung, nicht mehr Nationalismus bringt mehr Sicherheit, sondern mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit, mehr Europa bringt mehr Sicherheit.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

Kriminalitätsbekämpfung ist heute europäisch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Schwacher Applaus!)

Die Sicherheitspartnerschaft mit Frankreich ist eine Erfolgsgeschichte. Sie ist erstens eng, zweitens vertrauensvoll und drittens sehr erfolgreich. Sie ermöglicht eine effiziente Kooperation dies- und jenseits des Rheins unter Wahrung der Souveränität und unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten in beiden Ländern. Gemeinsame Streifen, gemeinsame Einsätze, gemeinsame Ermittlungen mit Frankreich gehören inzwischen zum polizeilichen Alltag. Das ist gelebtes Europa. Das ist mehr Sicherheit im Herzen Europas.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was heute so selbstverständlich daherkommt, ist in Wahrheit eine Institution von historischem Ausmaß. Zwei Länder, die sich in ihrer langen

Geschichte viel zu oft bekriegt haben, zwei Völker, viele Jahrhunderte verfeindet bis aufs Blut, zwei Länder, in denen Tausende und Abertausende Familien am Grab ihrer Angehörigen trauern mussten – gerade jetzt im November –, weil diese in sinnlosen Kriegen ihr Leben lassen mussten.

Genau diese zwei Länder stehen heute Seit' an Seit'. Deutsche Polizisten sorgen im Verbund mit französischen Gendarmen für die Sicherheit und die leibliche Unversehrtheit der Menschen in beiden Ländern. Diese zivilisatorische, ja, historische Errungenschaft müssen wir uns und dürfen wir uns immer und immer wieder vor Augen führen, damit das keine Selbstverständlichkeit wird. Es ist nämlich keine Selbstverständlichkeit.

Europa hat diesem Kontinent die längste Friedensphase seiner Geschichte beschert. Das muss uns immer Auftrag sein. Diesen Auftrag erfüllen wir dadurch mit Leben. Baden-Württemberg erfüllt den europäischen Auftrag mit Leben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mit dem Gemeinsamen Zentrum für deutsch-französische Polizei- und Zollzusammenarbeit – GZ – in Kehl haben wir vor nunmehr beinahe 20 Jahren Pionierarbeit geleistet. Das GZ Kehl wurde zum Vorbild für rund 40 gleichartige Einrichtungen in ganz Europa.

Mit der Einrichtung der deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation gehen wir den eingeschlagenen Weg nun ein gutes Stück weiter. Wir nutzen die Handlungsspielräume, die uns der europäische Rechtsrahmen bietet, konsequent aus und schaffen damit eine integrierte Zusammenarbeitsform, wie es sie so konkret selten in Europa gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In einer gemeinsamen Dienststelle arbeiten deutsche und französische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nicht nur temporär, nicht nur bei konkreten Anlässen, sondern dauerhaft zusammen. Europa wird so zum polizeilichen Alltag, und dies in Kehl, einem Ort, an dem Europa sowieso gelebter Alltag ist.

Im Gegensatz zum GZ Kehl, das zur Drehscheibe eines grenzüberschreitenden Informationsaustauschs wurde, ist das Besondere an der deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation der operative Schwerpunkt. Die Beschäftigten führen gemeinsam operative Tätigkeiten aus. Gemeinsame Streifen, gemeinsame Kontrollen des Schiffsverkehrs gehören ebenso dazu wie der Einsatz bei Schiffsunfällen oder die Verfolgung von Straftaten, von Ordnungswidrigkeiten auf dem Rhein.

Deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte können auf französischem Staatsgebiet Schiffe kontrollieren, französische Kolleginnen und Kollegen wiederum können auf deutschem Hoheitsgebiet Unfälle im Schiffsverkehr aufnehmen, dies alles – so sieht es der europäische Rechtsrahmen vor – unter der Leitung von Beamtinnen und Beamten des jeweils anderen Staates.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Jahrzehnten wäre das noch undenkbar gewesen. Für einen baden-württembergischen Polizisten war an der Grenze zu Frankreich Schluss, auch wenn er einen Straftäter verfolgt hat. Das ist nun hier in der konkreten operativen Arbeit der Polizistinnen und Polizisten

(Minister Thomas Strobl)

anders. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Schön, dass wir es hier und heute tatsächlich tun können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Neben dem GZ Kehl und der deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation arbeiten wir im Übrigen gerade aktuell an weiteren Elementen unserer Sicherheitspartnerschaft mit Frankreich.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Diesen Sommer unterstützte die französische Gendarmerie den neu eröffneten Polizeiposten Rust und sorgte im Europapark mit seinen vielen Besucherinnen und Besuchern aus Frankreich für zusätzliche Sicherheit.

Gemeinsam mit dem Staatsministerium bereiten wir derzeit eine Initiative an die Bundesregierung vor, in Verhandlungen mit Frankreich zu einer Überarbeitung des französisch-deutschen Polizeivertrags, des sogenannten Mondorfer Abkommens, einzutreten. Nach über 20 Jahren der Geltung dieses Polizeivertrags ist es an der Zeit, einen modernen und an die aktuellen Herausforderungen angepassten Vertrag zu erarbeiten, der unseren Sicherheitsbehörden in Frankreich und Deutschland noch bessere Kooperationsmöglichkeiten bietet.

Insofern ist die deutsch-französische Wasserschutzpolizeistation ein Element von mehreren, mit dem wir die polizeiliche Zusammenarbeit mit Frankreich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land enger und effizienter machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutsch-französische Wasserschutzpolizeistation ist für mich ein herausragendes Beispiel gelebter Zusammenarbeit in einem vereinten Europa ohne Binnengrenzen, das auch für die Bürgerinnen und Bürger im Alltag konkret wahrnehmbar ist. Einst war der Rhein eine Grenze, die uns trennte. Heute verbindet uns der Rhein.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Guter Redenschreiber!)

Die gemeinsame deutsch-französische Wasserschutzpolizeistation ist hierfür ein ganz prägnantes Symbol in einer Zeit, in der in Europa leider aus mancher Richtung nationale Egoismen im Vordergrund stehen. Wir machen das Gegenteil. Europa organisiert konkret gemeinsam mehr Sicherheit. Das ist unser europäischer Beitrag für mehr Sicherheit für die Menschen in Baden und in Frankreich. Genau so stellen wir uns Europa vor.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Darum bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, darum bitte ich den Landtag von Baden-Württemberg, dem Abkommen zwischen der Regierung des Landes Baden-Württemberg und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation am Rhein zuzustimmen. Schön, dass Sie an diesem kleinen historischen Moment teilhaben. Schön, dass Sie dabei sind. Herzlichen Dank für die breite Zustimmung, die wir heute hier erfahren durften.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/5142. Darin schlägt Ihnen der Ausschuss vor, dem mit der Mitteilung des Ministeriums, Drucksache 16/5035, vorgelegten Abkommen zwischen der Regierung des Landes Baden-Württemberg und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation am Rhein zuzustimmen.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt, und wir schließen Tagesordnungspunkt 4 ab.

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 8, die alle ohne Aussprache vorgesehen sind. Ich lasse über die Tagesordnungspunkte 5 bis 8 getrennt abstimmen, weil das von der AfD-Fraktion so beantragt wurde.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 10. Oktober 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger – Drucksachen 16/4978, 16/5021

Berichterstatterin: Abg. Andrea Schwarz

Grundlage für die Abstimmung ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/5021. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 10. Oktober 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte – Drucksachen 16/4979, 16/5036

Berichterstatterin: Abg. Andrea Schwarz

Grundlage für die Abstimmung ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/5036. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 10. Oktober 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Asylagentur der Europäischen Union – Drucksachen 16/4983, 16/5037

Berichterstatterin: Abg. Andrea Schwarz

Grundlage für die Abstimmung ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/5037. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 7 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 12. Oktober 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Europäische Grenz- und Küstenwache – Drucksachen 16/4988, 16/5038

Berichterstatterin: Abg. Andrea Schwarz

Grundlage für die Abstimmung ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/5038. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich möchte Sie jedoch, bevor wir die Plenarsitzung beenden, darauf aufmerksam machen, dass wir heute um 14:00 Uhr im Plenarsaal die Veranstaltung „Jugend hakt nach“ durchführen werden. Das ist sozusagen eine Nachfolgeveranstaltung zum Jugendlandtag, den wir am 7. und 8. November des letzten Jahres durchgeführt haben. Die jungen Leute möchten den angestoßenen Prozess fortsetzen und sollen heute noch einmal Gelegenheit erhalten, die während des Jugendlandtags entwickelten Vorschläge mit Ihnen, den Landtagsabgeordneten, zu diskutieren. Ich bitte Sie, davon Gebrauch zu machen, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, und lade Sie herzlich dazu ein.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 28. November 2018, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:39 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen bei den Schriftführern

Funktion	scheidet aus	tritt ein
----------	--------------	-----------

Schriftführer	Haser	Martin
---------------	-------	--------

20.11.2018

Dr. Reinhart und Fraktion